SPD. Bombay, 27. Mai (Eig.Drahtb.)

Jn Bombay und Rangoon wird seit 24 Stunden gekämpft. Jn Rangoon ist der militärische Belagerungszustand verhängt worden. Der Ernst der Lage ergibt sich aus der Tatsache, dass neben der Polizei und dem Militär auch europäische Zivilisten als Freiwillige ausgehoben sind. Das wirtschaftliche und industrielle Leben ist erloschen. Das Militär hat sämtliche Aerzte und europäische Kinderwärterinnen für die Hospitäler verpflichtet. Die bei den Europäern eingestellten Dienstboten wagen es nicht mehr, die Strassen zu betreten. Die Lebensmittelbeschaffung für den europäischen Teil der Bevölkerung ist problematisch geworden. Die gesamte Stadt gleicht einem wüsten Kampfplatz. Stellenweise sind Barrikaden errichtet. Steine sind die Hauptwaffen der Aufständischen, die sie wie Hagel gegen die Polizei und gegen die militärischen Baracken niedergehen lassen. Bis Dienstag abend wurden 64 Tote und über 800 Schwerverwundete gezählt. 15 arbeitswillige Frauen sind von den Aufständischen niedergemetzelt worden. Die Polizei hat eine verhältnismässig geringe Zahl Verletzte.

Auch in Bombay ist die Lage sehr ernst. Zum ersten Mal seit der gegenwärtigen Aufstandsbewegung gegen die Engländer haben mohammedanische Massen in den Kampf eingegriffen. Es war eine geringfügige Ursache, die die seit Tagen immer heisser werdende Stimmung im mohammedanischen Viertel zur Explosion brachte. Ein englischer Polizist sah, wie ein Mohammedaner einen Hund misshandelte. Der Polizist ging auf den Hundebesitzer zu und schlug ihm mit der Faust ins Gesicht. Der Geschlagene flüchtete, kam aber bald darauf mit einem Haufen seiner Landsleute zurück. Es wurden Steine geworfen, der Kampf begann. Jm Laufe des Dienstag hat die Polizei dreimal das Feuer eröffnet. Die Opfer sind 6 Tote und 60 Verwundete. Jm mohammedanischen Viertel patrouilliert das Militär in Autos und Motorrädern. Die Stimmung gegen die Europäer wird immer gereizter. Vor den Kasernen und Militärbaracken stauen sich die Massen immer von neuem und versuchen einzudringen. Die von den Mohammedanern gegen die militärischen Niederlassungen geschleuderten Steine bedecken haufenweise die umliegenden Strassen. Ein Versuch der Angreifer, in der Nacht zum Dienstag die Holzbaracken mit Petroleum zu begiessen und anzuzünden, scheiterte, jedoch gelang es den Eingeborenen, die Polizeistation Dongri in Brand zu setzen.

SPD. Weimar, 27. Mai (Eig.Drahtb.)

An der Eisenbahnstrecke Apolda-Weimar liess sich am Dienstag ein junges Handwerker-Ehepaar aus Apolda vom Zuge überfahren. Während der Mann sofort tot war, musste die Frau in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus geschafft werden Wirtschaftliche Sorgen sollen das Motiv der Tat gewesen sein.

SPD. Köln, 27. Mai (Eig.Drahtb.)

Jm Verlauf der Feierlichkeiten zur Eröffnung der 36. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft hielt der Reichsernährungsminister Schiel eine Ansprache, in der er u.a. ausführte:

Die Roggenfrage sei nur zu lösen, wenn man sie in den grossen Zusammenhang der nationalen und internationalen Futtermittelfrage hineinstelle. Andernfalls bleibe nur als radikale Lösung: Drosselung jeglicher Weizeneinfuhr. Mit besonderer Sorge müsse die Lage der Milchwirtschaft erfüllen, die in Deutschland bei de unzulänglichen Zollschutz unter dem schwersten Druck einer allgemeinen internationalen Uebererzeugung stehe. Die Regelung der milchwirtschaftlichen Zölle werde deshalb von der Regierung vordringlich und mit allem Nachdruck betrieben. Besonders schwierig werde es sein, den schwerleidenden Wein-, Obst- und Gemüsebau die notwendige schnelle Hilfe zu bringen, da hier zollpolitisch durch mehrere Handelverträge vorläufig die Hände gebunden seien.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der polnische Gesandte in Berlin hat im Auswärtigen Amt gegen die Vorgänge, die sich anlässlich des Grenzzwischenfalls bei Neuhöfen abgespielt haben, protestiert und gleichzeitig die Einsetzung einer deutsch-polnischen Kommission angeregt, die durch gemeinsame Feststellungen an Ort und Stelle den Sachverhalt aufklären soll.

Dem polnischen Gesandten ist erwidert worden, dass sein Protest zurückgewiesen werden müsse. Der polnische Schritt sei schon in sich widerspruchsvoll, da er einerseits die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Aufklärung des Tatbestandes anrege, andererseits aber ein für Polen günstiges Ergebnis der Feststellungen der Kommission dadurch bereits vorwegnehme, dass gegen ein angebliches Verschulden deutscher Beamter protestiert werde. Ausserdem handle es sich nach dem bisherigen Ergebnis der von den zuständigen deutschen Stellen eingeleiteten Untersuchungen nicht um einen Uebergriff deutscher Beamter, sondern um eine polnische Grenzverletzung und um Gewalthandlungen, die von polnischen Beamten auf deutschem Territorium begangen worden seien. Im übrigen halte es die deutsche Regierung auch von sich aus für angebracht, den Sachverhalt durch eine gemeinsame Nachprüfung aufzuklären und diese Aufgabe einer gemischten deutsch-polnischen Kommission zu übertragen.

Der deutsche Gesandte in Warschau ist beauftragt worden, den deutschen Standpunkt in vorstehendem Sinne bei der polnischen Regierung zur Geltung zu bringen.

SPD. Stuttgart, 27. Mai (Eig.Drahtb.)

Der aus früheren Prozessen bekannte Stuttgarter Staatsanwalt Cuhorst hat wieder einmal an einem literarischen Erzeugnis sittlichen Anstoss genommen. Er erhob Anklage gegen den Verlag für Kulturforschung in Wien, der ein illustriertes Sammelwerk unter dem Titel "Die fünf Sinne" herausgab. Davon beanstandete der sittenstrenge Staatsanwalt den Band "Das Gesicht", in dem die Wirkungen des Sehens auf die Sexualität der Menschen untersucht wird. Er beantragte bei dem erweiterten Schöffengericht im objektiven Verfahren die Einziehung des Buches zum Zwecke seiner Vernichtung. Die Sachverständigen bekundeten jedoch, dass es sich um ein durchaus ernst zu nehmendes Werk handele, das nicht geeignet sei, das Schamgefühl zu verletzen. Das Gericht wies deshalb den Antrag des Staatsanwalts unter Uebernahme der Kosten des Verfahrens auf die Staatskasse ab.

SPD. Ministerialrat Professor Dr. Taute hat dieser Tage in Lübeck im Auftrage des Reichsinnenministers Erhebungen über die dort im Gefolge der Anwendung des Tuberkulose-Schutzverfahrens nach Calmette aufgetretenen Unglücksfälle angestellt. Taute lässt in seinem Bericht keinen Zweifel darüber, dass das Vorgehen der mit der Durchführung der Calmette-Schutzbehandlung in Lübeck betrauten Stellen in mancher Hinsicht einer Kritik zu unterziehen ist. Im übrigen würde gegenüber allen Erwägungen, ob die eine oder andere der getroffenen Massnahmen irrtümlich, unzweckmässig oder falsch war, die Beurteilung der Angelegenheit immer wieder von den beiden Hauptfragen beherrscht werden:

Hat sich eine Verwechslung oder Verunreinigung der Calmette'schen BCG-Kultur mit vollgiftigen Tuberkelbazillen ereignet? oder:

Hat sich die von Calmette nach Lübeck gelieferte Kultur biologisch in dem Sinne verändert, dass die nicht giftigen BCG-Bazillen für den Menschen wieder virulent geworden sind?

Wenn auch trotz der gegenteiligen Meinung Prof. Deyckes eine grosse Wahrscheinlichkeit für die erste Fragestellung im Sinne einer unglückseligen Verwechslung oder Verunreinigung von Kulturen spreche, so könne die zweitgenannte Möglichkeit eines Rückschlags der BCG-Kultur in vollvirulente Eigenschaften vorläufig doch noch nicht ganz ausgeschlossen werden. Eine Klärung dieser beiden Fragen sei wenn überhaupt, erst nach einer Reihe von Wochen möglich und müsse unter Ausschaltung aller anderen Erwägungen der rein wissenschaftlichen Prüfung durch das Reichsgesundheitsamt überlassen bleiben.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers beschäftigte sich das Reichskabinett am Dienstag mit der durch die nur langsam zurückgehende Arbeitslosigkeit und die konjunkturellen Ausfälle an Einnahmen des Reichs geschaffenen Lage. Der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister legten die verschiedenen Möglichkeiten für den einstimmig als notwendig anerkannten sofortigen Ausgleich der Fehlbeträge dar. Das Reichskabinett beschloss, die Entscheidung über die Art der Deckung mit der Beschlussfassung über das Ausgabensenkungsgesetz zu verbinden. Diese Kabinettsentscheidung wird Anfang nächster Woche fallen.

SPD. München, 27.Mai (Eig.Drahtb.)
Der "Völkische Beobachter" teilt mit, dass Hitler die Einrichtung einer grossen Reichshauptgeschäftsstelle der Nationalsozialistischen Partei plane. Zu diesem Zweck soll das alte Barlowsche Palais, Briemerstrasse 45, gegenüber dem Gebäude der päpstlichen Nuntiatur, angekauft und ausgebaut werden. Das Gebäude soll u. a. einen Kongress-Saal für 2 - 3000 Personen erhalten. Hitler fordert für den Kauf und den Ausbau von jedem Mitglied der NSDAP einen ausserordentlichen Pflichtbeitrag von 2 Mark.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags befasst sich seit Montag mit dem Etat des Auswärtigen Amtes.
Über die ausserplanmässigen Ausgaben und Haushaltsüberschreitungen des Auswärtigen Amtes im Jahre 1927 hat der Rechnungshof des Deutschen Reiches dem Reichstag eine Denkschrift zugestellt. Einen breiten Raum nimmt die Kritik an baulichen Veränderungen bei den auswärtigen Vertretungen ein. So wurden beispielsweise 35 000 Mark für die Erweiterung des Speisesaals der Botschaft in Rom ausgegeben, 143 000 Mark für die Instandsetzung des Dienstgebäudes in Washington, 71 000 Mark aus Anlass der Wiedereinrichtung der Gesandtschaft in Bangkok überplanmässig ausgegeben. In verschiedenen anderen Fällen sind auch erhebliche Mittel für die Ergänzung der Geräte und Ausstattungsgegenständ in den Wohnungen der Auslandsvertretungen aufgewendet worden lediglich aus dem Grunde des Wechsels in der Leitung, obwohl umfangreiche Erneurungen gerade kurz vorher erfolgt waren. Kritisiert werden auch hohe Reisekosten und Urlaubsbeihilfen an Beamte des Auswärtigen Amtes. So wurde von der russischen Regierung für die Rückkehr des deutschen Botschafters in Japan Dr. Solf nach Deutschland für 16 000 Mark ein Salonwagen gemietet. Die Fahrkarte erster Klasse für die Rückreise hätte 700 Mark gekostet.

SPD. Bochum, 27.Mai (Eig.Drahtb.)
Der Deutsche Metallarbeiterverband veröffentlicht zu den am Montag abend in Bad Oeynhausen stattgefundenen Verhandlungen der Gruppe Nordwest der deutschen Eisenindustrie folgende Erklärung:
"Der Deutsche Metallarbeiterverband hat in der Sitzung in einer Erklärung entschieden Einspruch gegen die Behandlung des Abbaues der Überverdienste der Arbeiter in der Schlichterkammer erhoben. Er ist der Auffassung, dass der von den Unternehmern geforderte Lohnabbau für die gesamte rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie eine ausserordentliche Gefahr in sich birgt. Nicht Lohnabbau, sondern Sicherung des gegenwärtigen Lohnstandes muss auch in dieser Zeit das Ziel einer weitsichtigen Lohn- und Wirtschaftspolitik sein. Da besonders die qualifizierten Facharbeiter sowohl in der erzeugenden als auch

in der weiterverarbeitenden Industrie von dem geplanten Abzug am stärksten betroffen werden, werden sie sich diese Massnahmen nicht gefallen lassen und auf eine entschiedene Abwehr einstellen. Hierzu sichert ihnen der Deutsche Metallarbeiterverband seinen weitgehendsten Schutz zu. Wird durch die Weiterverfolgung der Pläne der Unternehmer der Schwereisenindustrie eine Erschütterung des Wirtschaftslebens hervorgerufen, so fällt die Verantwortung lediglich auf ihre Urheber. Der Deutsche Metallarbeiterverband erklärt sich auch grundsätzlich gegen eine Herabsetzung der Verdienste, weil dadurch die Kaufkraft der breiten Masse weiter empfindlich geschwächt würde. Auch sachlich hält der D.M.V. den Antrag auf Lohnabbau nicht für begründet. Die Geschäftsabschlüsse der Werke im vergangenen Geschäftsjahr sind durchaus als günstig zu bezeichnen

Am Donnerstag vormittag wird der D.M.V. in Essen in einer Konferenz zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen und ihn aller Voraussicht nach ablehnen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 27. Mai (Eig. Bericht)

Die zweite Beratung des Haushaltes des Reichswirtschaftsministeriums geht in diesem Jahr unter Abwesenheit des Ministers über die parlamentarische Bühne. Das ist ein seltener Fall. Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich ist auf Krankheitsurlaub. Sein Vertreter, Staatssekretär Trendelenburg, sprach naturgemäss sehr zurückhaltend, da er seinen Minister politisch nicht festlegen will. Er beschränkte sich auf die Ankündigung einer Reform des Kartellrechts und eines Gesetzes, dass die Versicherungsunternehmungen unter die Kontrolle unabhängiger Revisionsgesellschaften stellen will. Anlass dazu bietet der Frankfurter Versicherungskrach.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Tarnow hielt eine Rede, die grundsätzlich vom sozialistischen Standpunkte aus die Wirtschaftskrise und ihre Ursachen behandelte. Er stellte heraus, dass die Hauptaufgabe des Kampfes gegen die Krise die Arbeitsbeschaffung sei. Sie müsse eigentlich im Mittelpunkt der ganzen Staatspolitik stehen. Man sehe jedoch, dass im Gegensatz dazu nicht das Wirtschaftsministerium, sondern das Landwirtschaftsministerium führend sei. Tarnow verwies darauf, dass seit dem Jahre 1925 unsere Ausfuhr um mehr als 4 Milliarden Mark gestiegen sei. Das bedeute Beschäftigung für 600 000 Arbeiter. Wie würde es erst in unserem Wirtschaftsleben aussehen, wenn diese Ausfuhrsteigerung nicht erreicht worden sei. Die Wendung zur Hochschutzzollpolitik unter der Regierung Brüning bedrohe jedoch die Weiterentwicklung der Ausfuhr, weil selbstverständlich die anderen Staaten Gegenmassnahmen träfen. Das gelte insbesondere für Holland, für Skandinavien, und England, nach welchen Ländern Deutschland bisher eine besonders hohe Ausfuhr hatte. Dann wandte sich Tarnow der Rationalisierung zu. Er sieht in der überstürzt vorgenommenen Rationalisierung eine der Hauptursachen der so enorm gewachsenen Arbeitslosigkeit. Er schätzt die Zahl der durch die Rationalisierung unmittelbar freigesetzten Arbeiter auf 2 Millionen. Diese Arbeitermassen seien unter den heutigen Wirtschaftsmethoden überhaupt nicht mehr unterzubringen. Darum sei der Siebenstundentag oder die Fünftagewoche zu fordern, die nach dem jetzigen Stand der technischen Einrichtungen durchaus möglich seien. Freiwillig werde das Bürgertum allerdings diese Reform nicht vollziehen. Das sei eine Frage der Machtpolitik. Die Arbeiterschaft müsse noch stärker und einheitlicher hinter ihre politische und gewerkschaftliche Vertretung sich stellen. Tarnow hielt dem Jammer über die Kapitalnot gegenüber, dass zuviel Kapital investiert worden sei und dieses zuviel investierte Kapital keine Renten abwerfen könne. Er wandte sich in bewegten Worten gegen die Versuche, durch Lohnsenkungen die Wirtschaft zu sanieren. Nicht die Lohnkosten, sondern die fixen Kosten ständen jetzt im Mittelpunkt der Gestehungskosten. Der sozialdemokratische Redner schildert dann die Brutalität, mit der die Herren von Stahl und Eisen Betriebe stillegen und damit ganzen Gemeinden die Daseinsgrundlage entzögen. Auf diese Weise kämen allmählich auch guten Bürgern Bedenken, ob die jetzige Gesellschaftsordnung wirklich so vollkommen sei. Er bekämpfte die Meinung, dass die Arbeiter an dem Niedergang grosser Werke schuld seien. Im Falle Mansfelder Kupferbergbau sei der Zusammenbruch z.B. durch grosse Börsenverluste gekommen. Tarnow schloss mit einer Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die diese Krise nicht beheben könnte. Der Kapitalismus sei angesichts der technischen Entwicklung einfach nicht mehr möglich. Seine historische Rolle sei vorbei. Die gesellschaftlichen Kräfte müssten organisiert werden, um das Wirtschaftssystem zu regulieren. Die Fraktion brachte dem Redner durch stürmischen Beifall ihre Zustimmung zum Ausdruck.

Der deutschnationale Unternehmer Syndikus Dr. Reichert war durch diese Rede des sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers natürlich unangenehm berührt Er verlangte die Senkung von Steuern, der Rohstoffzölle, aber auch der Löhne und Gehälter. Begeistert ist er von dem Urteil des obersten Gerichtshofes

der Vereinigten Staaten von Nordamerika, dass die Gewerkschaften Kartelle seien. Dieses Urteil sei ein Vorbild für die deutsche Justiz. Die Fünftagewoche, so meinte Reichert, würde das Arbeitereinkommen um 1/6 verringern. Er verlangt unter lebhafter Heiterkeit der Sozialdemokraten Vertrauen der Arbeiter zu den Wirtschaftsführern. Weit mehr als der deutschnationale Redner hat Professor Dr. Dessauer vom Zentrum die Ursachen der Krise erfasst. Er wies zahlenmässig nach, dass sowohl in der Landwirtschaft wie in der Textilindustrie bei steigender Produktionsmenge die Gestehungskosten gesunken seien. Trotzdem seien im Einzelhandel die Verkaufspreise wesentlich in die Höhe gegangen. Wäre das letzte nicht der Fall, so könnten die Verbraucher um 20 v. H. mehr kaufen als jetzt, was ein gutes Stück der Krise beheben würde. Dessauer sieht also sehr genau, wie stark die Unordnung der kapitalistischen Wirtschaft verteuernd und produktionshemmend wirkt. Er zog daraus die Folgerung, dass die Härte der Krise gemildert und abgekürzt werden könne. Leider fand er aber nicht das erlösende Kampfwort gegen den Kapitalismus. Er redet, er sieht manches ein, aber er will nicht handeln. Sein einziger positiver Gedanke ist, dass eine historische Stunde der Genossenschaften gekommen sei, die Preissenkung bewirken müsste. Die Sozialdemokratie nagelte ihn sofort darauf fest, dass seine Partei durch die erhöhte Umsatzsteuer für Genossenschaften deren Entwicklung und Betätigung gehemmt habe. Dessauer wurde etwas verlegen und meinte, dass er persönlich diese steuerliche Massnahme bedauere, aber sie sei ein politischer Zwang gewesen. Er gab also zu, dass das Zentrum aus Rücksicht auf Koalitionsbedürfnisse eine wirtschaftsfeindliche Steuer beschlossen hat. Was Professor Dessauer über die Erziehung der Verbraucher zum Kauf deutscher Ware sagte, wird ohne praktische Bedeutung bleiben. Professoral war sein Rat, in den Schulen Unterricht gegen die verheerende Wirkung der Kapitalflucht zu geben. Mindestens die Volksschulen, aber auch grosse Schülerkreise der höheren Schulen wird er von diesem Unterricht befreien können, denn diese Schichten haben keinerlei Kapital zu verschieben.

Die Aussprache wurde auf Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Er soll Dein Herr sein!

SPD. In Köln wird ernsthaft erwogen, einen frei gewordenen Schulratsposten mit einer Stadtschulrätin zu besetzen. Das hat die Männlichkeit des Katholischen Lehrervereins auf das tiefste betroffen. Der Verein hat gegen diese Ansicht feierlich protestiert und ist mit einer Veröffentlichung hervorgetreten, die den Protest bekunden soll. Darin heisst es:

"Der moderne Lehrer wird für seine Schüler eine wirkliche Autoritätsperson darstellen müssen. In seiner Art und Weise hat er vor dem Schüler als der Mann zu erscheinen, der ihm als Ideal der Männlichkeit vorschweben muss. Soll nun diese Autorität dadurch einen Stoss erhalten, dass die Frau als Vorgesetzte die Schulstube betritt und deutlich erkennbar zeigt, dass der Lehrer jene wertvolle Erziehungsarbeit unter Leitung der Frau leisten muss? Nach katholischer Auffassung ist der Mann das Haupt der Familie und seine Autorität muss daher auch in der Schule gewahrt bleiben."

Es muss schlimm um die Autorität des katholischen Lehrers stehen, wenn sie nur auf das Ideal der Männlichkeit aufgebaut ist! Dieser Protestschritt hat jedoch sofort einen weiblichen Gegenprotest hervorgerufen. Der Katholische Lehrerinnenverein hat gleichfalls ein Schreiben veröffentlicht, in dem er den männlichen katholischen Kollegen nach Strich und Faden die Wahrheit zeigt. Es müsse eine wahrhaft klägliche Autorität sein, so heisst es da, wenn sie durch eine Frau schon ins Schwanken käme:

"Oder glaubt man, dass der weibliche Revisor weniger Takt besitze als der männliche, von dem man voraussetzt, dass er vor der Klasse jede Bemerkung vermeidet, die den Lehrer vor den Schülern herabsetzen könnte? Man sollte ihm nur seitens der Lehrer mit dem nötigen Vertrauen entgegenkommen, wie es die Lehrerinnen dem männlichen Schulrat gegenüber tun."

Aber es geht ja gar nicht um Fragen des Taktes, sondern nur um die Männercheninstinkte der Herren Lehrer, darum, dass beim Eintreten des weiblichen Schulrats den Schülern klar sein wird, dass das Ideal der Männlichkeit nur ein Lehrer ist, das schwache Weib aber der vorgesetzte Schulrat! Es ist der stille Krieg um die Aufrechterhaltung der Unterdrückung der Frauen. Es hat sich deshalb sofort eine geschlossene Abwehrfront der Frauen gebildet. Dem Verein der katholischen Lehrerinnen haben sich angeschlossen: Der Katholische Deutsche Frauenbund, der Verband evangelischer Frauenvereine, der Israelitische Frauenverein, der Stadtverband Kölner Frauenvereine, und der Vaterländische Frauenverein. Die katholischen Lehrer in Köln werden inzwischen wohl begriffen haben, dass es inzwischen nichts mehr ist mit dem "Er soll Dein Herr sein!"

Aber nun erhebt sich noch eine Frage: Die Lehrer meinen, nach katholischer Auffassung müsse der Mann der Herr sein. Die Frauen pochen auf die Gleichberechtigung - wer hat nun die richtige katholische Auffassung? Die Frauen oder die Männer?

Grosskampf ums Familienbad.

In diesem Sommer soll der katholische Kampf gegen das Familienbad mit verstärkter Macht losgehen. Die katholische Presse empfiehlt für diesen Kampf eine "moralische Hilfswaffe" für den "hochwürdigen Seelsorgklerus, die katholische Schulorganisation, Elternbeiräte, Lehrer und Lehrerinnen, Standesvereine, katholische Abgeordnete, Stadtverordnete und Gemeinderatsmitglieder."

Diese moralische Hilfswaffe besteht in einer Broschüre mit dem Titel: "Strandbad ists wirklich so schlimm, Tatsachen und Bilder aus dem Strandbad von heute." Für diese Broschüre ist eine Massenauflage vorgesehen. Sie ist zwar noch nicht erschienen, aber wir können uns vorstellen, dass sie von sehr vielen mit einer gewissen Ungeduld erwartet wird. Nicht nur Tatsachen, sondern auch noch Bilder aus dem Strandbad von heute - das muss ja wirklich interessant sein, das enthebt der Mühe selbst hin zu gehen und es anzusehen, damit man in die nötige - versteht sich moralische - Erregung kommt!

Rotfront als Gottes Werkzeug.

Bei den blutigen Ostervorgängen in Leipzig wurde der sozialdemokratische Polizeihauptmann Galle von Kommunisten erstochen. Das Christliche Gemeindeblatt eines Leipziger Vororts widmet nun diesem Mord die folgenden Sätze:

"Bemerkenswert ist, dass einer von den beiden im Dienst der Pflicht gefallenen Polizeibeamten aus der Kirche ausgetreten war. Ausgerechnet am Antikirchentag musste er durch die Hände fallen, die im Kampf gegen Gott und die Kirche mit seinen Gesinnungsgenossen einig sind."

Das ist das echte und wahre Christentum! Dieser Satz will andeuten, der liebe Gott habe sich der Rowdys von Rotfront bedient, um einen Sozialdemokraten wegen seines Austritts aus der Kirche aus dem Wege räumen zu lassen. Rotfront habe dabei gewissermassen als Werkzeug der göttlichen Strafe gedient! Aus diesem pietätlosen Nachruf spricht ein hämischer Hass gegen die Sozialdemokratie, der dem Hass der Kommunisten würdig zur Seite steht.

Der gemeingefährliche Sozialdemokrat.

In Mainz stand ein Redakteur der sozialdemokratischen "Volkszeitung" wegen Beleidigung vor dem Amtsgericht. Er hatte eine Mainzer Sandfirma der Schädigung des hessischen Staates beschuldigt. Der Wahrheitsbeweis wurde teilweise erbracht. Der Staatsanwalt beantragte 100 Mark Geldstrafe, der Vorsitzende Amtsgerichtsrat jedoch verkündete:

"Der Angeklagte führe einen Kampf gegen das Kapital, er wolle die kleineren Leute gegen die bessergestellten aufputschen. Seine Ausführungen seien eine Parteirede nach sozialdemokratischen Grundsätzen. Es sei ihm nur darum zu tun, einen Kampf gegen das Kapital zu führen, es sei deshalb der Angeklagte als eine gemeingefährliche Persönlichkeit anzusehen und zu einem Monat Gefängnis zu verurteilen."

Selbstverständlich wird es bei diesem ausgesprochenen Tendenzurteil nicht bleiben. Aber es ist doch hübsch, dass ein hessischer Amtsrichter einen Sozialdemokraten für einen gemeingefährlichen Menschen ansieht. Würde es bereits eine Sicherheitsverwahrung geben, so würde dieser hessische Amtsrichter jeden Sozialdemokraten angefangen vom hessischen Staatspräsidenten und dem Innenminister bis zu den sozialdemokratischen Beamten und Funktionären einfach auf Lebenszeit als gemeingefährlich einsperren lassen. Was das Bürgertum nicht vermochte, das würde er, der Amtsrichter von Mainz, im Handumdrehen erreichen. Wenn er nicht vorher auf seinen Geisteszustand untersucht werden würde, der uns doch für einen Richter zu sehr von der Norm abzuweichen scheint als dass er nicht untersucht werden müsste!

Reichspräsident Hitler.

Ein bekannter Parteiredner der Nationalsozialisten hat in einer Versammlung in Leipzig angekündigt, dass die Hakenkreuzler bei der nächsten Reichspräsidentenwahl Hitler als Kandidaten aufstellen würden. Heil uns, jetzt naht endlich der wirkliche Retter!

Aus aller Welt

Dum = Dum . . .

Besuch im nationalsozialistischen Mordquartier.

SPD. Mitteilung des Berliner Polizeipräsidiums: "Die weiteren Ermittlungen der politischen Polizei über den gewaltsame Tod des Zeitungshändlers Heimburger, der in der Nacht vom 16. zum 17. Mai durch Angehörige der N.S.D.A.P. erstochen wurde, haben zu einer Haussuchung der Wohnung des Kaufmanns Karl König geführt. Bei der Durchsuchung der Wohnung wurden eine Mauserpistole, drei Trommelrevolver und eine beträchtliche Menge Gewehre und Revolvermunition gefunden. Unter der beschlagnahmten Munition befanden sich auch Dum-Dum-Geschosse."

Berlin-Wilmersdorf, Holsteinischestrasse 49. Hier wohnt der Kaufmann Karl König, aktiver Nationalsozialist, Mitglied der berüchtigten Sturmabteilungen und immer dabei, wenn es gilt, unter "Heil Hitler"-Rufen Andersdenkende niederzuschlagen. Am frühen Morgen erscheint die Kriminalpolizei, verschafft sich Zugang zur Wohnung und findet in einem raffinierten Versteck die eingans verzeichnete Waffenmenge. Die Dum-Dum-Geschosse sind ganz offensichtlich von einem Mann hergestellt, der über militärische Erfahrung verfügt. Die Spitzen sind mit diabolischem Geschick abgeplattet, die Kugel selbst erhält durch diese Bearbeitung eine unerhörte Durchschlagskraft und reisst, sich stachelförmig auswirkend, entsetzliche Wunden...

✦

Wenn man sich im Haus nach dem Kaufmann Karl König und seinem Leben und Treiben erkundigt, so kann man allerhand nette Dinge zu hören bekommen. Ein Bewohner, der den Nazi sehr genau beobachtet hat, erzählt u.a., dass König in ständiger Furcht vor irgendwelchen kommunistischen Attentaten gelebt habe und deshalb immer schwer bewaffnet herumgelaufen sei. Manchmal habe er auch Gesinnungsgenossen zu sich heraufgebracht, die dann durch ihr provokatorisches Auftreten das ganze Haus in Aufregung gebracht hätten. Ein Diskutieren mit König sei gänzlich unmöglich gewesen. Sofort habe er aufs massloseste geschimpft und mit Tätlichkeiten gedroht. Manchmal zogen König und seine Leute auf nationalsozialistischen "Streifendienst" durch die benachbarten Strassen. Dieser Streifendienst bestand darin, vermeintliche und tatsächliche Gegner zu belästigen, Händel in Lokalen anzufangen und gegebenenfalls aufgespürte feindliche Versammlungen zu sprengen. Im Viertel wird schon seit Wochen die Strasse unter ständigem nationalsozialistischen Terror gehalten, es hat sich ein Bandenkrieg zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten entwickelt, der es für einen Unbeteiligten geradezu lebensgefährlich macht, in nächtlicher Stunde hier entlang zu bummeln.

✦

Brandenburgischestrasse 75. Hier befindet sich das Lokal der Frau Unger. An der Theke lümmeln Hitler-Leute in Uniform herum und messen jeden, der das Lokal aufzusuchen wagt, ohne zur Gilde zu gehören, mit Rötgenblicken. Die

Unger'sche Wirtschaft ist Vereinslokal der Sturmabteilungs-Rowdys, die von hier aus ihre Bandenzüge in die nähere Umgebung organisieren. Hier hat auch Egon Westenberger, der Mörder des viehisch erstochenen Zeitungshändlers Heimburger verkehrt, der bei der Wirtin seine Mordwerkzeuge vor und nach Gebrauch zu verstecken pflegte. Als die Polizei eines Vormittags überraschend in das Hitler-Nest einfällt, findet sie hinter dem Schanktisch versteckt einen Gummiknüppel und einen sechsschüssigen, geladenen Trommelrevolver, der als zum Waffenarsenal des nationalsozialistischen Totschlägers Westenberger gehörig, identifiziert wird. Frau Unger leugnet zuerst, muss sich jedoch nach scharfem Kreuzverhör zu dem Geständnis bequemen, dass ihr der Hakenkreuz-Verbrecher diese Waffen zur Aufbewahrung übergeben hat. Der Dolch, mit dem Westenberger die Bluttat ausführte und den er ebenfalls der famosen Wirtin "zu treuen Händen" übergeben hatte, wird nicht gefunden. Ein Komplice des mörderischen Nationalsozialisten hat ihn inzwischen beiseite gebracht...

+

Durch Zufall gelingt es dem Beobachter, eine interne Besprechung des Sturmtrumps aus sicherem Versteck zu belauschen. Die Mannen, sämtlich verwegen uniformiert, das Bierglas vor sich auf dem Tisch, hören sich die wilde Hetzrede irgendeines Unterhäutplings an, der allerdings zu feige ist, zu den Untaten seiner Leute zu stehen und alles nach erprobter Manier auf "die ändern" schiebt. Wildes Beifalldröhnen unterbricht den Redner besonders dann, wenn er mit Gewalttätigkeiten und neuen Überfällen droht. Ein sehr interessantes Charakteristikum, das zeigt, wes Geistes Kinder die Sturmtruppler sind. Am Schluss eine nochmalige aufpeitschende Fanfare. Der Blutrausch der Hitler-Rowd ist theoretisch glänzend vorbereitet. In sehr gehobener Stimmung trinkt man noch einige Glas Bier und zieht dann, auf Krawall und Totschlag präpariert, auf die Strasse.

+

Am Dienstag Nachmittag sammeln sich die Kommunisten auf dem Cüstriner Platz, um die Leichen von Albert Selenowski und Walter Heimburger nach dem Friedhof Friedrichsfelde zu geleiten. Viel Polizei ist zur Stelle, um Ausschreitungen der erregten Menge zu verhindern. Transparente werden mitgeführt, wilde Racheschwüre gegen das "faschistische Mordgesindel" ausgestossen. An einigen Stellen kommt es zu Zusammenstössen, als Mitläufer sich, meist zu Unrecht, provoziert fühlen. Die Atmosphäre ist explosionsgeladen. Auf beiden Seiten verlangt eine fanatisierte Menge nach Blut. Terror hier, Terror dort... - wie lange soll das so weitergehen?

\+ + +

Zuchthaus für Frenzel?

Zusammenbruch des Angeklagten.

SPD. Der Potsdamer Blutschandeprozess steht vor seinem Abschluss. Es ist damit zu rechnen, dass bis Mittwoch abend das Urteil gefällt sein wird. Der Staatsanwalt hat am Dienstag zum Schluss seines Plädoyers zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust beantragt.

Man hatte nach den ersten zwei bis drei Prozesstagen erwartet, dass der Angeklagte nicht nur wegen Mangels an Beweisem freigesprochen werden, sondern dass das Gericht die Schuldlosigkeit Frenzels bezeugen würde. Es gab sogar in diesem furchtbar komplizierten und oftmals erschütternden Prozess einen Augenblick, in dem man glaubte, dass der Staatsanwalt seine Anklage fallen lassen werde. Mittlerweile ist aber ein Moment hinzugekommen, das für die Potsdamer Richter und besonders für ihre Schöffen das Bild bestimmt wesentlich verschoben hat. Es ist das das Gutachten des Sachverständigen Dr. Plaut. Plaut hat dem Gutachten Magnus Hirschfeld's in allen wesentlichen Teilen widersprochen.

Magnus Hirschfeld hielt Hildegard Frenzel für glaubwürdiger, als die ihren Vater belastende Gertrud. Plaut stellt hinwiederum Gertrud das beste Zeugnis aus und hält sie für durchaus glaubwürdig."Es gibt keinen Unterbau für die Diagnose:Psachose. Und könnte man vielleicht annehmen, dass Gertrud eine unbewusste Lügnerin ist? Nein, dazu ist sie im Grunde zu ehrlich." Die Hauptfrage, ob Gertrud pathologisch veranlagt sei, müsse verneint werden.

Man merkt, wie die meisten Anwesenden über den Inhalt dieses Gutachtens ziemlich perplex sind. Man wusste zwar schon vorher, dass der von der Staatsanwaltschaft geladene Dr.Plaut, der ein Schüler des sehr reaktionären Geheimrats Moll ist, kein die Gertrud sehr belastendes Gutachten abgeben würde,denn Sachverständige von der Richtung Moll-Plaut sind an sich geneigt, die übliche Normalitätsgrenze der begutachteten Personen sehr weit zu stecken. Aber trotzdem war nicht zu erwarten, dass das Gutachten in diesem Masse die vielen erschreckenden Erfahrungen, die in den letzten Jahren mit den Zeugenaussagen Jugendlicher in Sittlichkeitsprozessen gemacht worden sind, ignorieren würde.Der Verteidiger, Justizrat Josephsohn, fragt Dr.Plaut;"Sie sprechen Hilde die Glaubwürdigkeit ab, wann aber lügt Hilde und wann sagt sie die Wahrheit?Woher wissen Sie, dass gerade ihr erstes Geständnis echt gewesen ist und ihr Widerruf falsch?" Plaut bleibt die Antwort schuldig. Etwas anderes aus der sich an das Plaut'sche Gutachten anschliessenden Polemik. Dr.Plaut sagt:"Ich habe Gertrud einmal nach einer bestimmten technischen Einzelheit bei einer der von ihr geschilderten Vergewaltigungsszenen gefragt. Gertrud hat diese Frage nicht beantwortet.Also erfindet sie nichts." Rechtsanwalt Blumenhain, der zweite Verteidiger, antwortet sehr richtig:"Oder aber. Gertrud war auf Ihre Frage nicht vorbereitet und hat geschwiegen, weil sie verblüfft war!"

Bis es zum Plädoyer des Staatsanwalts kommt, vergehen Stunden. Stunden, in denen der Angeklagte verzweifelten Gesichts auf seinem Platz umherirrt. Es sieht so aus, als ob er jeden Augenblick zusammenbrechen würde. Die Verhandlung gegen ihn dauert nun schon zehn Tage. Einmal wurde sie auf Wunsch des Verteidigers einen Tag ausgesetzt. Ein ander Mal, weil einer der Potsdamer Schöffen seine silberne Hochzeit feiern musste....

Wie die Sitzung wieder eröffnet wird bittet Staatsanwalt Stargardt den ersten Staatsanwalt Fuhrmann als Zeugen darüber zu vernehmen, dass er Hildebei ihrer Vernehmung durchaus nicht eingeschüchtert habe. Das Gericht gibt auch diesem Antrag statt, widerruft aber dann seinen Beschluss, nachdem Rechtsanwalt Blumenhain auf die total zerrütteten Nerven des Angeklagten hingewiesen hatte. In grosser Erregung ruft Staatsanwaltschaftsrat Dr.Stargardt:"Da muss ich um eine Erholungspause von 20 Minuten bitten, die ich dazu benutzen werde, um mich auszuruhen. Ich sehe diesen Antrag bereits als genehmigt an." - und bevor der Vorsitzende überhaupt ein Wort sagen kann, ist Dr.Stargardt schon aus dem Saal. Während sich der Herr Staatsanwalt erholt, wird der Angeklagte ohnmächtig....

Man kann nicht sagen, dass der Staatsanwalt schlecht plädiert. Zunächst beherrscht er die Materie wesentlich besser, als der bejahrte Vorsitzende, der frühere konservative Reichstagsabgeordnete Warmuth. Ausserdem hat es ihm ja das Gutachten Dr.Plauts sehr leicht gemacht, seinen Standpunkt zu begründen, dass Gertrud ein braver Engel sei, der in jedem Falle die Wahrheit sage und auch nicht einmal unbewusst lüge, während die Hilde das verkommenste Geschöpf sei, das jemals auf Gottes Erdboden herumlief. Der Staatsanwalt schiesst dann noch ein paar besondere Bomben ab, um das Gutachten Magnus Hirschfelds zu entkräften:"Es ist ungeheuerlich, was uns in dem Hirschfeldschen Gutachten zu glauben zugemutet wird. Ich halte es für absolut und in allen Punkten verfehlt, Besonders verwahren möchte ich mich dagegen, wenn Herr Hirschfeld von einem religiösen Fimmel Gertruds spricht. Gertrud war fromm, gewiss, aber dass diese Frömmigkeit mit einem solchen Ausdruck von dem Herrn Sachverständigen bezeichnet wird, verbittet sich die erdrückende Mehrheit in unserem Vaterland." In

diesem Tone geht es weiter. Zwischen den Worten des Staatsanwalts ist immer wieder die Hetze gegen den fortschrittlichen Sexualforscher zu hören. Er kramt alle möglichen Wälzer hervor, in denen sich zufällig ein Wort gegen Hirschfeld findet. Natürlich gibt es genügend reaktionäre Professoren, die sich einmal gegen Hirschfeld geäussert haben. Grotesk genug bleibt trotzdem, wie der Herr Staatsanwalt sie zitiert. Das eine Zitat Professor Raethes lautet:"Recht bedenklich ist die Auffassung, als ob ..." Das Zitat Professor Uhles:"Es ist erfreulich, dass gegen das gemeinschädliche Verhalten Hirschfelds Stellung genommen wird..." Fertig. Das ist alles. Das soll genügen, um einen Mann wie Hirschfeld madig zu machen. Aber in Potsdam hat man vielleicht mit solchen Leuten Erfolg.

Wie steht's nach der Meinung des Staatsanwalts mit Hilde? Dass Hilde mit ihrem ersten Geständnis, von ihrem Vater so und so oft geschändet worden zu sein, die Wahrheit gesagt habe, soll daraus hervorgehen, dass sie dieses Geständnis auch einmal einer alten Dame gemacht habe. Und einer alten Dame, meint der Staatsanwalt, würde Hilde doch nichts vormachen. Und wenn Hilde später widerrufen hat, meint der Herr Staatsanwalt, dann tat sie das im wesentlichen nur aus Egoismus, weil sie doch sonst fürchtete, die Mutter mit ernähren zu müssen. "Ausserdem ist dem Angeklagten die Tat zuzutrauen. Er ist hypersexuell, er hat sich mit einer grossen Zahl von Frauenspersonen abgegeben." "Frauenspersonen" - ja, so drückt sich der Herr Staatsanwalt aus - und einige dieser "Frauenspersonen",von denen die eine den Angeklagte nach wie vor in rührender Weise liebt, sitzen im Saal.

Zum Schluss möchte der Herr Staatsanwalt seinem Strafantrag besondere Unterstreichung dadurch geben, dass er ein von 87 "Damen" aus Bornim unterzeichnetes Schreiben vorliest, das sich für die edlen Motive des Herrn Pfarrers ausspricht, unter dessen Einfluss Gertrud anhaltend stand.Absender dieses Vertrauensvotums sind "Vorstand und Mitglieder der evangelischen Frauenhilfe."

Es ist fraglich, ob das Urteil des Gerichts dem unbewussten oder bewussten Wunsch der 87 christlichen Damen von Bornim gerecht werden kann. Selten stand, das geht auch aus den sich anschliessenden Plädoyers der Verteidiger hervor, die Ansicht von der Schuld eines Angeklagten auf schwächeren Beweisfüssen als diesmal. Genaues wissen wir überhaupt nicht. Gleichgültig, ob Frenzel verurteilt werden wird oder nicht: die Tragödie von Potsdam-Bornim wird sich niemals ganz klären. Fest steht nur eins: Hier hat das Schicksal eine Familie aufs grausigste vernichtet.

\+ + +

<u>107 000 Mark unterschlagen.</u> Der Kassierer Martin Rulf des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in Hamburg ist nach Unterschlagung von 107000 Mark flüchtig geworden. Auf die Ergreifung des betrügerischen Angestellten wurde eine grosse Belohnung ausgesetzt.

\+ + +

<u>Schwestermord in Lübeck.</u> Der 32 Jahre alte Kurt von Melle, der Sohn eines vor einiger Zeit verstorbenen Lübecker Weinhändlers, schlug während eines Familienstreits seine 37 Jahre alte Schwester Jutta zu Boden und erwürgte sie dann mit einer Drahtschlinge. Als die Polizei am Tatort eintraf, versuchte Kurt von Melle zu fliehen, konnte aber ergriffen und verhaftet werden.Die hochgradig nervenkranke Schwester, durch deren Verhalten der Täter sich offenbar gereizt fühlte, war bereots einmal in der Irrenanstalt Lübeck-Strecknitz interniert.

\+ + +

<u>Ermordung eines Greises.</u> Der 69 Jahre alte Rentner Eduard Jahn aus Zittau wurde in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Arme und Beine der Leiche waren gefesselt. Man vermutet Raubmord.

\+ + +

Der Vampyr von Düsseldorf. Im Laufe des Dienstag ist der Düsseldorfer Massenmörder unter Anwendung aussergewöhnlicher Sicherungsmassnahmen an verschiedene Tatorte geführt worden. Bei der Rückkehr hatte sich eine nach Hunderten zählende Menschenmenge vor dem Polizeipräsidium versammelt, die gegen den Mörder die lautesten Verwünschungen ausstiess. Ein amtliches Kommunique bestätigt, dass Kürten mit Bestimmtheit der Täter in folgenden Fällen ist: 1. Überfall im Grafenberger Wald am 14. Mai 1930; 2. Überfall auf Gertrud Schulte am 25. August 1929; 3. Mord an Maria Hahn am 11. August 1929 in Papendelle (die vom Täter hierbei unweit des Tatortes unter einem Gebüsch vergrabene Schaufel wurde aufgefunden); 4. Mord an Gertrud Albermann am 7. November 1929. Durch die Untersuchung des Berliner Schriftsachverständigen Dr. Schneikert ist einwandfrei erwiesen, dass Kürten der Absender der sogenannten Mörderbriefe ist.

Die Vernehmung Kürtens ist noch nicht abgeschlossen. Die Schilderungen, die er von seinen Verbrechen gibt, sind bis in die kleinsten Einzelheiten genau. Besonders überraschend war das Geständnis Kürtens, noch zwei weitere Morde auf dem Gewissen zu haben. Er will im Alter von 17 Jahren eine Prostituierte und gelegentlich eines Einbruchs, vor etwa anderthalb Jahren in der Umgebung von Essen einen neunjährigen Jungen ermordet haben. Diese Angaben werden noch nachgeprüft. Im übrigen zeigt sich bei den Vernehmungen, dass Kürten ein viel besseres Gedächtnis hat als viele der Zeuginnen, die ihm gegenübergestellt werden. Vielen verhilft Kürten erst zur genauen Erinnerung und zur Wiedererkennung. Die Frage, ob er irgendwelche Reue verspürt, verneint der Mörder. Auf die Frage nach den Motiven der unseligen Taten antwortet er: "Nein, ich habe keinerlei sexuelle Entspannung dabei gespürt. Aber die Einzelheiten meiner Beweggründe kann ich nicht so genau sagen, dies würde ja Stunden dauern. Ich wollte mich rächen, Blut sollte dafür fliessen, dass ich so gemartert und gequält worden bin."

Es stellt sich heraus, dass in verschiedenen Fällen die am Leben gebliebenen Opfer Kürtens es unterlassen haben, sofort Anzeige zu erstatten. Ein junges Mädchen, das am 1. Mai 1930 von Kürten überfallen worden ist und das Mädchen, das einem ähnlichen Angriff Anfang April 1930 ausgesetzt gewesen ist, wird jetzt noch gesucht. Auch zahlreiche bisher unerörterte Fälle werden mit Kürten in Zusammenhang gebracht und von der Polizei in dieser Richtung untersucht.

Kürten lässt das Bestreben erkennen, sich als geistesminderwertig hinzustellen. Er meinte, dass er damit rechne, in die Irrenanstalt Bedburg zu kommen. Von Frau Kürten wird jetzt verlautbar, dass sie wegen Erschiessung ihres Liebhabers mit Zuchthaus vorbestraft sei.

\+ \+ \+

Udet auf dem Montblanc gelandet. Im Verlauf der Filmaufnahmen der AFA zu dem Film "Sturm über dem Montblanc" landete der bekannte deutsche Meisterflieger Udet in 3 200 Meter Höhe auf dem Trientgletscher. Gleichfalls glückten von hier aus mehrere für die Filmaufnahme notwendige Startversuche.

\+ \+ \+

Graf Christian hat sich verlobt. Der im Dezember vorigen Jahres wegen fahrlässiger Tötung seines Vaters rechtskräftig zu neun Monaten Gefängnis verurteilte Graf Christian Friedrich zu Stolberg-Wernigerode hat sich mit der Komtesse Anneliese von Rothkirch und Trach aus Panthenau bei Liegnitz verlobt. Die Familie der Braut soll sehr vermögend sein, während sich Graf Christian in letzter Zeit in sehr schlechten finanziellen Verhältnissen befand.

Gewerkschaftliche Rundschau

Generalangriff auf Lohn und Gehalt.

Die Masse soll bluten.

SPD. In der Industrie und in der Reichsregierung rüstet man zur Offensive gegen Lohn und Gehalt. Man will die Wirtschafts- und Finanzkrise durch eine Pferdekur beheben. Das leidtragende Versuchsobjekt für diese Kur soll die breite Masse sein. Nicht die Besitzenden - die Arbeiter und Beamten sollen zunächst einmal ein Notopfer bringen.

In der Wirtschaft wird der grosse Lohnabbau durch den Tarifkampf der Grosseisenindustrie an der Ruhr eingeleitet. Nach dem Lohnabbauvorspiel im Stahlwerk Becker erfolgt jetzt der grosse Vorstoss der Unternehmer zur Erzwingung eines allgemeinen Lohnababaues. Der nach langwierigen Verhandlungen soeben gefällte Schiedsspruch für Nordwest sieht die Aufhebung der Severingschen Akkordklausel vor, deren Beibehaltung von den freiorganisierten Metallarbeitern gefordert worden ist. Die Klausel lässt eine Herabsetzung von Akkorden nur unter bestimmten Voraussetzungen zu, nämlich nur, bei wesentlichen technischen und organisatorischen Veränderungen oder Materialverbesserungen in der Eisenindustrie. Die Arbeitgeber wollen Ellenbogenfreiheit für eine Ersparnis bis zu 10% der Löhne. Als Equivalent dafür verpflichten sie sich zu einer Senkung der Eisenpreise.

Die Eisenindustriellen machen aus der Not eine Tugend. Dass die Preise herunter müssen, steht längst fest. Daher kommen sie mit der Parole - Lohnabbau gegen Preisabbau. Ob aber mit Hilfe eines Lohnabbaues eine Ankrubelung der Wirtschaft in nennenswertem Masse herbeigeführt werden kann, ist mehr als zweifelhaft. Die schwerindustriellen Führer versprechen einen energischen Schritt zur Senkung der Lebensmittelpreise zu tun. Sie wollen nach ihren Versicherungen sogar, wenn es nicht anders gehen sollte, selbst Verkaufsläden schaffen, um den Händlern niedrigere Preise aufzuzwingen. Das alles sind einstweilen nur billige Versprechungen. Ebenso sieht man noch immer nichts von einem Abbau der Kartellpreise, der sogar in der bürgerlichen Presse jetzt als "eine konjunkturpolitische Aufgabe erster Ordnung" bezeichnet wird. Wohl ist die Preissenkungsparole von massgebender schwerindustrieller Stelle ausgegeben worden, allein bis jetzt sind der Parole noch keine Taten gefolgt.

Der Schwerindustrie geht es nicht glänzend, wie ein Blick in ihre Betriebe deutlich zeigt. Allein die Belebung der bereits sehr stark rationalisierten Werke kann nicht durch Lohnabbau herbeigeführt werden. Wenn die Draht- und Walzwerke nur wenig zu tun haben, wenn die Röhrenwerke nicht genügend Aufträge haben, dann in erster Linie, soweit das Inland in Frage komme, nur deswegen, weil der Baumarkt völlig danieder liegt. Hier und nicht am Lohn der Metallarbeiter muss der Hebel angesetzt werden, wenn vom Inlandsmarkt her etwas für die Belebung der Eisenindustrie getan werden soll. Der "Grundstein", das Wochenblatt des deutschen Baugewerksbundes, trifft den Nagel auf den Kopf, wenn es in seiner neuesten Nummer (vom 31. Mai) erklärt, die schwere Wirtschaftskrise werde erst dann nachlassen, wenn der Baumarkt wieder genügend beschäftigt sei. Deshalb müsse mit allem Nachdruck gefordert werden, dass alle Hebel zur Belebung des Baumarktes in Bewegung gesetzt werden. Geschehe das, dann würden auch viele andere Gewerbearten davon profitieren. Im Zeitalter des Eisenbetons, wo im Baugewerbe bald ebenso viel mit Eisen wie mit Stein gearbeitet wird, muss eine Belebung des Baumarktes zugleich eine Belebung der

Eisenindustrie darstellen. Das Hauptübel sitzt im Daniederliegen des Baumarktes. Bei den Bauarbeitern, Zimmerern, Dachdeckern und Steinarbeitern betrug die Arbeitslosigkeit Ende April 1924: 13,4%, 1925: 5,0%, 1926: 24,9%, 1927: 11,9%, 1928: 12,0%, 1929: 19,2% - 1930 aber: 42,9%. Vergleicht man die Arbeitslosenzahlen in der Saison- und in der Konjunkturengruppe miteinander, so betrug Ende April die Spanne zwischen den beiden Zahlen mehr als 27%, während in früheren Jahren die Spanne zu dieser Jahreszeit weitaus geringer war. Nur einmal, im Jahre 1926 hatte sie 10% erreicht, und damals war daran zum Teil der ungewöhnlich späte Winter schuld.

Wie in der Industrie, so will man auch bei der Reichsregierung mit wenig Ueberlegung und viel Forschheit an dem Einkommen der Massen, d,h. vor allem am Gehalt der Beamten durch Abstriche sparen. Was von ihren Sparrezepten verlautet, sieht ganz danach aus, als ob die Spiesser der Wirtschaftspartei in der Reichsregierung den Ton angeben. Allem Anschein nach haben sie den Rat gegeben, es ebenso zu machen wie schneidige Hausväter, die für die Haushaltskosten nur eine fest bestimmte Summe zur Verfügung stellen und keinen Pfennig mehr. Auch im Privathaushalt werden durch unvorhergesehene Fälle oft alle Budgetabgrenzungen durchbrochen. Das wissen natürlich auch die Haushaltsgestalter in der Reichsregierung. Mit einer Festlegung der Ausgaben wollen sie natürlich nicht etwa den Wehretat und ähnliche Dinge treffen. Sparen wollen sie an den Ausgaben für die Arbeitslosen und an den Gehältern der Beamten. Auch den Beamten wollen sie an den Kragen und zwar ausgerechnet in dem Augenblick, wo sie von ihnen eine Sonderhilfe für die Arbeitslosenversicherung fordern. Man will die Pensionen kürzen und den Urlaub verringern. Man will die noch bestehenden Ortszulagen abbauen und die Gehälter der Gemeindebamten an das Reichsneveau anpassen, d.h. praktisch in den meisten Fällen kürzen. Man will die Beamtenbesoldung der Länder und Gemeinden in eine Zwangsjacke stecken - derselben Länder und Gemeinden, von denen man mehr Selbstverantwortung in der Finanzgebarung fordert.

Für die Arbeiter, Angestellten und Beamten spitzen sich in der grossen Frage der Lastenverteilung jetzt die Dinge zu. Gefahren sind im Verzug. Wachsamkeit ist erste Pflicht. Der Versuch, die breite Masse auf Jahre hinaus zum Lasttier zu machen, muss vereitelt werden.

SPD. Die beamtenfeindlichen Pläne der Reichsbahn und des Kabinetts Brüning beschäftigten dieser Tage den Beamtenausschuss des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands. Die Absicht der Reichsbahn, die im Arbeiterverhältnis stehenden Beamtenanwärter von der Ueberführung in Beamtenstellen fast restlos auszuschliessen, wurde vom Beamtenausschuss als äusserst unsozial charakterisiert. Eine Verwirklichung dieser Absicht wäre ein schwerer Verstoss gegen Treue und Glauben. Die seit Jahren schon in Beamtendienst verwendeten Beamtenanwärter im Arbeiterverhältnis hätten ein moralisches Anrecht auf Ueberführung in die Beamtenstellung, deren Dienst sie leisteten. Die sachliche Voraussetzung für die Uebernahme dieser Beamtenanwärter ins Beamtenverhältnis sei unstreitig vothanden, da über ihre Zahl hinaus noch Zehntausende von Arbeitern im Beamtendienst verwendet würden, Der Pensionsetat werde durch die Beamten der unteren Gruppen, die sich vorwiegend aus Arbeitern rekrutierten, keineswegs belastet. Da diese Beamten während eines grossen Teiles ihrer Dienstzeit als Arbeiter verwendet würden, mache die Reichsbahnverwaltung an ihnen erhebliche Ersparnisse. Der Anschlag der Reichsbahn auf den Bestand des Beamtenverhältnisses in den unteren und mittleren Gruppen wolle für eine ganze Generation von Beamtenanwärtern im Lohnverhältnis die Möglichkeit zur Ueberführung ins Beamtenverhältnis einfach beseitigen.

Gegen die Absicht des Kabinetts Brüning, im Ausgabensenkungsgesetz eine Reihe von Verschlechterungen und Sparmassnahmen auf Kosten der Beamten durchzuführen, erhob der Beamtenausschuss des Einheitsverbandes scharf Protest. Er

verwahrte sich ferner entschieden gegen die in neuerer Zeit wieder auftauchenden Pläne, die Beamten durch ein besonderes"Notopfer der Beamten" zu belasten und ihre wenig befriedigende wirtschaftliche Lage dadurch noch mehr zu verschlechtern.

SPD. Die widerspruchsvolle Spruchpraxis des Reichsarbeitsgerichts hat in der Frage des Entschädigungsanspruchs für versagten Urlaub in die Urteile der Arbeitsgerichte eine unheilvolle Verwirrung gebracht. So sind jetzt auf Grund einer neuen Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts in der Urlaubsfrage verschiedene Urteile, die zugunsten der Arbeitnehmer ausgefallen waren, wieder aufgehoben worden. Das Landesarbeitsgericht in Dortmund hatte z.B. dieser Tage über 50 Klagen von Bergarbeitern zu entscheiden, die Entschädigung für entgangenen Urlaub beanspruchten, da sie während der Urlaubszeit entweder krank waren, oder Invalide geworden sind. Das Arbeitsgericht hatte seinerzeit als erste Instanz dem Entschädigungsspruch zugestimmt. Jetzt hat das Landesarbeitsgericht den Anspruch abgelehnt. In der Begründung seiner Entscheidung sagt es u.a.: "Ein Entschädigungsanspruch steht nicht zu, wenn der Urlaub in Natura aus Krankheitsgründen nicht erteilt werden konnte, es sei denn, dass jemand sofort nach seiner Genesung wieder weiter beschäftigt wird. Im letzteren Fall gilt die Karenzzeit nicht als unterbrochen. Nach der letzten Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts entfällt somit der Anspruch auf Urlaubsentschädigung."

SPD. Der Gesundheitszustand Leiparts, des Vorsitzenden des ADGB, hat sich erfreulicherweise so gebessert, dass seine Teilnahme an der Stockholmer Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes nahezu gesichert erscheint. Er wird in Stockholm das Wirtschaftsprogramm des IGB darlegen. Das sozialpolitische Programm des IGB wird Mertens-Belgien erläutern, über Abrüstung und Friedensvertrag spricht Jouhaux-Frankreich, über die Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie Hicks-England. Den Bericht der Kontrollkommission erstattet Sassenbach.

Auf dem Kongress werden 24 Nationen vertreten sein, darunter auch Kanada, Palästina, Aegypten, Japan und Indien.

SPD. Zwei wichtige sozialpolitische Gesetzentwürfe beschäftigen zurzeit das Parlament in Holland, ein Entwurf zur Aenderung des Unfallgesetzes und eine Vorlage zur gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung. Die Unfallnovelle soll die bisher auf 70% des Lohnes festgesetzte Unterstützung mit dem Krankengeld, das 80% beträgt, in Uebereinstimmung bringen. Der Entwurf wurde in der Fassung der Regierungsvorlage gegen zwei agrarische Stimmen angenommen.

Durch die Neuregelung der Arbeitsvermittlung sollen die Arbeitsnachweise in einer straffen Landesorganisation zusammenfassen. Jede Gemeinde wäre nach der Vorlage künftig zur Errichtung eines Arbeitsnachweises verpflichtet. Vorgesehen sind gemeindliche- und Bezirksarbeitsnachweise sowie ein zentraler Reichsarbeitsnachweis. Ein Verbot der Arbeitsvermittlung zur Gewinnerzielung fehlt.

Der Vorsitzende des Niederländischen Gewerkschaftsbundes, Kupers, beantragte,die Vermittlung zu untersagen, wenn die angebotenen Löhne unter den ortsüblichen Lohnsätzen liegen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Weiter forderte Kupers, den privaten Vermittlern nur noch eine Frist von fünf Jahren zu gewähren. Der Minister erklärte sich damit insoweit einverstanden, als die Konzessionierung der Vermittlungsgebühren jeweils nur für die Dauer von fünf Jahren gelten soll.

Wirtschaft Technik Handel

Vor Abschluss des konjunkturellen Rückgangs.

(Stärkung der Massenkaufkraft das Zentralproblem.)

SPD. In den Streit um den Lohn- und Preisabbau (Becker, Mansfeld, nordwestliche Gruppe usw.) fällt die Veröffentlichung des Konjunkturforschungsinstituts über den Stand der deutschen Wirtschaft für Ende Mai 1930. Sie bringt kaum Überraschungen und ist in der Begründung ihrer Diagnose interessanter und wichtiger als in der Diagnose selbst. Nach dem bekannten Schema konstatiert sie das Ende des konjunkturellen Rückgangs der Wirtschaftstätigkeit in den nächsten Monaten und eine kommende Periode der Stagnation. Wir geben die Diagnose des Instituts im Wortlaut wieder :

"Produktion und Beschäftigung sind konjunkturmässig weiter gesunken. Die Arbeitslosigkeit hat zwar abgenommen; die Besserung bleibt aber hinter dem saisonüblichen Umfang zurück. Der seit Jahren anhaltende Auftrieb der Ausfuhr ist zum Stillstand gekommen. Die Zinssätze am Geldmarkt haben einen ungewöhnlichen Tiefstand erreicht. Dagegen sind die Zinssätze für Langkredite trotz fortschreitender Entspannung des Kapitalmarkts noch hoch. Für den weiteren Verlauf des Jahres 1930 ist aber mit zunehmend günstigeren Emissionsbedingungen zu rechnen. Die Aktienkurse stagnieren; auf Teilgebieten sind sie eher aufwärts gerichtet. An den Rohstoffmärkten hat der Preisdruck nachgelassen. Die Wirtschaft zeigt die Symptome einer dem Tiefpunkt zustrebenden Depression. Der konjunkturelle Rückgang der Wirtschaftstätigkeit dürfte in den nächsten Monaten zum Abschluss kommen und in eine Periode der Stagnation einmünden. Die weitere Entwicklung wird durch die sich bessernde Kapitalversorgung - in gewissem Umfang auch durch die Preisentwicklung - in günstigem Sinne beeinflusst werden."

Zahlenmässig stellt sich die Entwicklung bis Ende Mai wie folgt dar: Der Produktionsindex 1928 = 100 gesetzt, sank von 109,8 im Juni 1929 und 96 im Dezember 1929 auf 91,5 im April 1930. Der Ausnutzungsgrad der Industrieanlagen verminderte sich in den Konjunkturgruppen, gemessen an der Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze (Platzkapazität) von 77,1 % Mitte 1929 und 75 % im Dezember 1929 auf 71,2 % im April 1930. Legt man die Zahl der zu leistenden Arbeitsstunden zu Grunde (Stundenkapazität), so ging er von 72,9 % bezw. 72,5 % auf 65,4 % zurück. Im Jahre 1929 belief sich die Arbeitslosigkeit durchschnittlich auf 1,9 Millionen (1927 und 1928 schätzungsweise auf 1,3 bis 1,4 Millionen); demgegenüber entspricht die Arbeitslosigkeit der ersten vier Monate 1930, auf das ganze Jahr umgerechnet, einer durchschnittlichen Zahl von 2,6 Millionen. Die volkswirtschaftlichen Umsätze dürften in ihrer Gesamtheit weiterhin in der seit Mitte 1928 begonnenen Stagnation verharren. Die für die Veränderung der Umsätze von Produktionsgütern symptomatische Wagenstellung der Reichsbahn liegt dagegen, von Saisonschwankungen abgesehen, etwa 14,5 % unter dem Stand von Mitte 1929.

Das Konjunkturforschungsinstitut untersucht nun die Situation nach Antriebskräften und Hemmungen. Als Hemmungen werden u.a. die ungünstige Entwicklung der Auslandsmärkte und der durch die schlechte Konjunkturlage verminderte Investitionswille der Unternehmer angesprochen. Die Auswirkung der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung im Ausland ergibt sich in der Verminderung der deutschen Fertigwarenausfuhr. Hier hat leider die gegenwärtige Regierung auch alles getan, um die Entwicklung noch zu verschärfen. Es sei nur an die unvernünftige

und unnütze Überzollpolitik erinnert, an der aggressiven Stimmung gegenüber vielen, für unsere Warenausfuhr wichtigen Handelsverträgen und an die Gefährdung des Abschlusses des deutsch-polnischen Handelsvertrages. Der verminderte Investitionswille des deutschen Unternehmertums erklärt sich aus den Fehlschlägen des ersten Abschnittes der deutschen Rationalisierung; so weit die nach Krisen einsetzenden Rationalisierungsmassnahmen nicht vorgenommen worden sind, glaubt man an ihnen mit der Begründung vorbei zu kommen, "dass die bisherigen Rationalisierungsmassnahmen nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben." Die Erscheinung trifft insbesondere die Produktionsmittelindustrie. Als Antriebskräfte wird die Verflüssigung der Geld- und Kapitalmärkte bezeichnet. Allerdings habe sich, so stellt das Institut fest, die Spanne zwischen Geld- und Kapitalzinsen noch vergrössert. Eine Anregung der industriellen Konjunktur sei vom Kapitalmarkt bisher noch nicht ausgegangen; denn die Verbilligung der langfristigen Kredite reiche nicht aus, um zu wesentlich erhöhten Investitionen anzureizen. Die Lage werde aber günstig beeinflusst durch die innerwirtschaftlichen Tendenzen in Deutschland und durch internationale Einflüsse, sodass eine zunehmende Erleichterung des deutschen Kapitalmarktes begründet erscheint. Es könne damit gerechnet werden, dass sich die Emissionsbedingungen am deutschen Kapitalmarkt im weiteren Verlauf des Jahres 1930 zunehmend bessern. Die Voraussage des Konjunkturforschungsinstituts kann aber nur gelten, wenn sich unsere amtliche Kreditpolitik völlig umstellt. Ansichten, wie sie der gegenwärtige Finanzminister vor kurzem geäussert hat, die darauf abzielen, die wichtigsten Auftraggeber der deutschen Wirtschaft, die Gemeinden, noch mehr vom Kapitalmarkt, auch von dem im Inland, abzudrängen - die Beratungsstelle soll verschärft, allerdings unter Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände bestehen bleiben - dienen wenig der möglichen und der wünschenswerten Entwicklung. Die Finanzpolitik darf nie vergessen, dass sie Dienerin der Wirtschaftspolitik ist. Leider ist ein solches Vergessen gegenwärtig im Finanzministerium chronisch.

In seiner Diagnose verweist das Konjunkturforschungsinstitut besonders auf die Begünstigung der industriellen Entwicklung durch die Preisentwicklung. Die deutsche Industrie dürfte auf Grund des Preisrückganges für wichtige Rohstoffe im verflossenen Jahr 1,5 Milliarden Mark bei ihrer Eindeckung mit Rohmaterialien erspart haben. Diese Ersparnisse haben sich nicht genügend in einer Senkung der Fertigwarenpreise, also in einer Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen, ausgewirkt. Der vom Konjunkturforschungsinstitut festgestellte Rückgang in der Indexziffer für Fertigwarenpreise vom März 1929 bis April 1930 um 5,1 Punkte entspricht auch nicht im geringsten dem Preisrückgang der Rohstoffe, der in vielen Fällen bis 50 % ausmacht. Mit Recht kommt das Konjunkturforschungsinstitut zu dem Schluss, dass alles von einer Aufforstung der Massenkaufkraft abhänge. Da aber eine Erhöhung der Nominallöhne nicht möglich sei - die Lohnerhöhungen sind seit Monaten so gut wie völlig gestoppt! - bestehe nur die Möglichkeit zu einer Steigerung des Verbrauchsgüterabsatzes über den Weg von Preisherabsetzungen.

Der Weg liegt klar und deutlich offen. Und trotzdem wird darüber gestritten. Das Unternehmertum macht - hier wird an die Agitation in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie erinnert - die notwendige Preisherabsetzung von einer Lohnherabsetzung abhängig. So will die nordwestliche Gruppe z.B. die Eisenpreise in dem Umfange senken, wie die Arbeiterschaft in eine Lohnreduzierung einwilligt. In diesem Falle kann eine, wenn auch ungenügende Preisermässigung zustande kommen. Aber sie geht zu Lasten der Kaufkraft. Es taucht hier wieder einmal der alte Münchhausen auf, der sich an seinem eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen will. Eine Preisherabsetzung auf Grund einer Lohnherabsetzung ist volkswirtschaftlich ohne Wert und ohne Sinn. Der Kampf in den nächsten Wochen und Monaten muss darum gehen, die Unternehmer zu einer Preisherabsetzung zu Lasten ihrer überhöhten Profitquote zu zwingen. In dem Masse, wie dieser Kampf aussichtsreich ist, erscheint eine günstigere Wirtschaftsentwicklung möglich.

SPD.Durch den am Montag gefällten Schiedsspruch für die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie wird die sogenannte Severingsche Klausel, durch die die übertariflichen Akkordlöhne tarifvertraglich festgelegt waren, aufgehoben. Die Schwerindustriellen haben ihrerseits das Angebot gemacht, die Eisenpreise zu senken, falls bei der neuen Lohnregelung, die im Herbst des Jahres fällig ist, eine 10prozentige Senkung der Löhne zur Durchführung gelangt. Man will sich also jetzt für die notwendige Eisenpreissenkung, die bereits längst hätte vorgenommen werden müssen, an den Arbeitern schadlos halten.

Die deutschen Eisenpreise haben sich immer mehr vom Weltmarktpreisniveau entfernt. Inzwischen ist eine wesentliche Verringerung der Rohmaterialkosten eingetreten. Die Schrottpreise sind gegenüber dem Preis des Vorjahres um 15 Reichsmark pro Tonne gesunken. Die Erzpreise und die Erzfrachten sind stark zurückgegangen. Diese günstige Produktionskostenentwicklung der Eisenindustrie wird auch in dem soeben erschienenen Vierteljahrsheft des Instituts für Konjunkturforschung unterstrichen. Bei dieser Sachlage besteht für die Eisenindustrie ohne weiteres die Möglichkeit, die überhöhten inländischen Eisenpreise beträchtlich herabzusetzen und es wäre angesichts der Absatzkrise und der Ermässigung der Rohstoffkosten längst an der Zeit gewesen, diesen Schritt vorzunehmen. Die Eisenindustrie hat es aber verstanden, den Preisabbau entgegen den Forderungen der Allgemeinheit aufzuschieben, um ihm mit der Lohnfrage zu verkoppeln. Es wäre ein unerhörtes Vorgehen, wenn man eine Preisherabsetzung, für die alle Voraussetzungen gegeben sind, auf die Schultern der Arbeiterschaf abwälzen würde.

Wir können nicht annehmen, dass der Reichsarbeitsminister ein derartig brutales und ungerechtfertigtes Vorgehen durch Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs legalisieren wird. Die Schwerindustrie macht sich wieder zum Vorkämpfer für den Lohnabbau, der nicht zu einer Überwindung, sondern zu einer wesentlichen Verschärfung der Krise führen müsste; denn das Konjunkturforschungsinstitut macht mit Recht darauf aufmerksam, dass die Krise infolge des starken Kaufkraftverlustes der Massen durch die riesenhafte Arbeitslosigkeit an Schärfe zugenommen hat und dass der Absatz- und Preisrückgang bei zahlreich Verbrauchsgütern auf die grosse Schwächung der Massenkaufkraft zurückzuführen ist. Die Eisenpreissenkung kann und muss unverzüglich ohne Lohndruck erfolgen.

Berliner Schlachtviehmärkte.

(27.Mai)

SPD.Der Schweine-und der Kälbermarkt waren hinreichend beschickt.Die Preise gaben nach,wenn sich die Ermässigungen auch in Grenzen halten. Auf dem Schweinemarkt waren besonders fette Tiere vernachlässigt.An Kälbern wurden geringere Tiere gesucht.Die Baconfabrikation nahm nur einige hundert Tiere aus dem Markt. Weniger reichlich war die Beschickung auf dem Rindermarkt,der schnell geräumt wurde.In den meisten Klassen zogen die Preise an.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a)44-48(voriger Markt 45-49),b)38-42 (38-43),c)3o-35(3o-35),d)24-28(24-28),Kälber: a)-(-),b)7o-8o(72-81),c)6o-68(6o-7o),d)45-58(45-58),Schweine: a)(über 300 Pfund) 58- (6o-62) b)(24o-3oo Pfd.) 58-61(61-62),c)2oo-240 Pfd.) 59-61(61-63),d)(16o-2oo Pfd.) 6o-61(61-63),e)(12o-16o Pfd.)59-61(6o-62),f)(unter 12o Pfund) - (-), g) (Sauen) 5o (53).

Weizen weiter knapp.

(Berliner Getreidebörse vom 27. Mai.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse hatte am Dienstag wieder etwas festere Stimmung zu verzeichnen, insbesondere konnte Weizen am Markte der Zeitgeschäfte einige Preisgewinne verbuchen. Auch in effektiver Ware blieb das Angebot weiter knapp und fand bei den Mühlen zu anziehenden Preisen gute Aufnahme. Auch für Roggen wurden am Markte der Zeitgeschäfte höhere Kurse notiert. Am Lokomarkt hielt das starke Angebot weiter an und wurde von den Stützungsfirmen aufgenommen. Am Mehlmarkt zeigte sich nur etwas vermehrtes Interesse für Weizenmehl, während Roggenmehl kaum Beachtung fand. Die Preise blieben unverändert. Höhere Forderungen liessen sich nicht durchsetzen. Am Hafermarkt hielten sich die Käufer vorsichtig zurück, da man von einer neuen Änderung der Einfuhrscheine spricht. Die Preislage war im wesentlichen unverändert.

	26.Mai	27.Mai
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	290 - 292	295 - 296
Roggen	169 - 177	169 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriegerste	165 - 180	165 - 180
Hafer	148 - 158	146 - 156
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,00-40,00	32,25-40,25
Roggenmehl	22,00-25,40	21,90-25,40
Weizenkleie	8,25- 9,00	8,25- 9,00
Roggenkleie	8,50- 9,25	8,50- 9,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 305, Juli 306½-307½ (Vortag 305 3/4), September 270 3/4-271½ (269 3/4). Roggen Mai 175½ (174½), Juli 180½ plus Brief (178½), September 182-182½ (182). Hafer Juli 156½-159 (160), September 157½-161 Geld.

Berliner Rauhfutternotierungen.

(27. Mai.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)		RM.	1,00 - 1,20
" Weizenstroh "		"	0,85 - 1,10
" Haferstroh "		"	0,65 - 0,75
" Gerstenstroh "		"	0,65 - 0,75
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt		"	0,95 - 1,20
Bindfadengepresstes Roggenstroh		"	0,85 - 1,05
" Weizenstroh		"	0,75 - 0,90
Häcksel	Tendenz matt	"	1,65 - 1,80
Handelsübliches Heu, gesund und trocken		"	1,40 - 1,60
Gutes Heu, gesund und trocken		"	2,00 - 2,30
Luzerne, lose		"	- - -
Thymothee, lose		"	3,00 - 3,40
Kleeheu, lose		"	3,00 - 3,40
Mielitz-Heu, lose, rein		"	- - -
" " " (Warthe)		"	- - -
" " " (Havel)		"	- - -
Drahtgepresstes Heu	Tendenz ruhig	Pfg.	40 über Notiz.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S•P•D

Berlin, den 27. Mai 1930.

Eine schlaflose Nacht. +

SPD. Bumm führte sich, während er eine Tasse Kaffee trank, zugleich einen Kognak zu Gemüte, denn es war ihm so kalt zumute. Dabei las er ein interessantes Feuilleton "Eine schlaflose Nacht". Hinterher genehmigte er noch einen Kognak und noch einen Kaffee. Dann ging er ins Bett. Das war um zwölf Uhr.

Um ein Uhr dachte Bumm: "Ich weiss nicht, aber ich glaube, es war nicht richtig, den Kaffee und den Kognak so durcheinander zu trinken."

Eine halbe Stunde später fiel ihm ein, dass auch das Eisbein mit Kraut, das er gegen elf Uhr noch im "Ratskeller" gegessen hatte, daran schuld sein könnte.

"Ach was", fuhr es ihm gegen zwei Uhr durch den Sinn, "die Ursache ist ja ganz egal. Hauptsache ist, dass ich erst mal einschlafe. Will mal zählen."

Bumm zählte. Als er bei neunzigtausend angekommen war, schlug es fünf. Da gab er es auf.

Dann versuchte er es mit den hüpfenden Lämmern. Lämmer springen über einen niedrigen Zaun, und der Mensch, der nicht einschlafen kann, hat nichts weiter zu tun, als sie zu zählen. Dann, so behaupten die Weisen, kann der Mensch, der nicht einschlafen kann, doch einschlafen.

Bumm liess Lämmer springen. Jemand hatte ihm empfohlen, in solchem Falle immer nur bis hundert zu zählen und dann wieder von vorn anfangen. Bumm teilte ein Heer von Lämmern in Hundertschaften, liess sie alle einzeln springen und es war sehr amüsant, die Lämmer springen zu sehen. Aber einschlafen konnte Bumm doch nicht.

Da versuchte es Bumm mit der Erinnerung an den vergangenen Tag. Er gab sich Mühe, alles, was er getan hatte, in sein Gedächtnis zurückzurufen. Und siehe da: dieses Mittel schien endlich zu wirken. Immer müder wurde Bumm, und als er sich bis zu dem Eisbein mit Kraut erinnert hatte, war er schon beinahe eingeschlafen. "Nur jetzt festbleiben", dachte er, "sich weiter erinnern"! Und er erinnerte sich weiter. Sah verschlafen, wie er nach Hause ging, den Mantel auszog, sich hinsetzte, die Zeitung hervorzog, einen Kaffee trank, einen Kognak trank, noch einen Kaffee, und noch einen Kognak trank, dabei das Feuilleton "Eine schlaflose Nacht" las. Und als er den Kaffee(in der Erinnerung) getrunken hatte, war er wieder ganz munter geworden. Der Kaffee hatte ihn wieder aufgeweckt.

Eine Uhr schlug sechs. Aergerlich erhob sich Bumm. Um sieben hätte er ja doch aufstehen müssen. Er wusch sich, kleidete sich an, und als es sieben Uhr war stand er schon, zum Ausgehen bereit, an der Tür, als ihm die Molli=molli=Tabletten einfielen.

Auch Sie, verehrter Leser haben sicher schon von dieser erstaunlichen Erfindung gehört oder gelesen.

"Sind Sie oft müde?" So heisst es in den Inseraten der Zeitungen. "Dann versäumen Sie nicht, eine Molli=Molli=Tablette zu nehmen! Die Abspannung wird verschwinden, die geistige Spannkraft wird Ihnen zurückkommen! Niemand mekrt Ihnen mehr eine Ermüdung an. Das probate Mittel für Nervöse! Vorrätig in jedem einschlägigen Geschäft."

Bumm erinnerte sich an die Molli=Molli=Tabletten. Er entschloss sich, einige davon zu nehmen, um im Büro nicht so schrecklich abgespannt auszusehen.

Bumm setzte sich auf den Bettrand und ass drei Molli=Molli=Tabletten. Er blieb zwei Minuten lang sitzen, um die Wirkung abzuwarten. Um es bequemer zu haben, legte er sich noch einen Augenblick hin. Und schlief sofort ein. Schlief bis acht Uhr abends.

So kann es einem gehen, wenn man so blödsinnige Feuilletons liest, wie "Eine schlaflose Nacht".....

Kurt Miethke.

Hamburgs letzte Kasperbude. +

SPD. Er hat eine Wanderung durch fast die ganze alte Stadt hinter sich und steht heute auf dem Neuen Pferdemarkt, an der Peripherie St. Paulis gen Altona und Eimsbüttel: der grüne, hochstehende Wagen mit dem rotweiss gestreiften Vorhangtuch und den zwei Hanseatischen Fahnen auf dem Dache. Es ist eine Kiste in Mannshöhe etwa, auf Räder gestellt. Drinnen kann aufrecht ein Mensch stehen, wie in einem doppelten Schilderhause. Sein Kopf erreicht eben die Oeffnungm auf der die Puppen ihre Spiele und Kämpfe ausfechten, und vor seinem Munde ist abermals ein vierkantiger Ausschnitt, verdeckt von einem Tuche, durch das die Aprache hindurch schallt. Nach oben hin agieren die zwei Hände, jede bedeckt mit einem Lappen und einem bizarren Holzschädel: Kasper, der Hamburger Nationalheld, seine Frau, seine Schwiegermutter, der Tod, der Teufel, dessen Schwiegermutter, der Doktor, der Leichenbestatter, ein Freund oder ein anderer menschlicher Feind Kaspers, und wer sie alle sein mögen. Die ausser Betrieb befindlichen Puppen hängen leer und seelenlos, mit weitaufgerissenen Augen, biszarren Nasen und baumelndem, leerem Leib an Nägeln im Wagen.

Seit Jahrhunderten begeben sich mit diesen und ähnlichen Figuren auf dem Karren die gewaltigsten Tragödien, immer hart am Rande des Lächerlichen, und alles Lächerliche des Menschen, noch härter am Rande des Tragischen, gesprochen nicht, sondern mit heiserer Stimme hinausgebrüllt, in plattdeutscher Mundart und mit immer dem gleichen Anfang: "Sünd ji ok all door?" "Jo" schallt es zurück und "Ja", je nachdem, ob Herrschaftskinder oder Buddjes, ob Quiddjes oder waschechte Hamburger versammelt sind, und dann will Kasper nochmal nachgucken, sagt er, kommt mit einer Flasche richtigen Elbwassers zurück und giesst den ganzen Krempel über die Köpfe seiner begeisterten Zuhörer aus. Das ist seine zärtlichste Art der Begrüssung. Das Spiel beginnt nicht, ohne dass sich Kasper erkundigt, was er denn heute spielen soll: die Sache mit dem Teufel, die Sache mit dem Tod, oder die Sache mit der Schwiegermutter - grausig ist jedenfalls alles, und ohne Schädeleinschlagen geht es nicht ab. Die Zuschauer schreien ihm hinauf, was sie interessiert, und das leblose Puppenarsenal bekommt die Seele zweier Fäuste und eines ungeschliffen "snakenden" Mundes. Kasper spielt! und die "Gören" laufen - es hat für sie alle seine Reize. Leute wie Schünzel haben dort ihre erste künstlerische Anregung empfangen; Hans Leip, der Hamburger Dichter, stand mit begeisterten Augen vor der Kasperbude auf dem Spielbudenplatz; grosse und kleine Leute kennen ihn, und wer den Ruf "Hummel, Hummel!" versteht, der kann auch von Kasper und seinen einfachen Moritaten erzählen. Echteres Hamburg gibt es garnicht.

Wir freilich leben in einer Zeit, die anders wird. Die Bude ist aus dem Blickfelde der Reeperbahn und des Spielbudenplatzes - dem auch sie seinen Namen gab! - abgeschoben worden, weil dort Autos parken müssen und Tankstellen errichtet werden. Sie wurde durch vielerlei Unruhen vom oft im Aufruhr beschlossenen Zeughausmarkte hinter der Englischen Kirche vertrieben, und nun steht sie, neben sich die alte Frau Rose, auf dem Neuen Pferdemarkte. Ja, die alte Frau Rose! Das ist die Frau des populärsten Kasperspielers von Hamburg, des Hannes, der Jahrzehnte hindurch die Hamburger Jugend erheiterte: Johannes Rosé; und er wiederum trat einst schon mit 14 Jahren das Erbe des Ewerführers Buck

an, der einen grossen Ruf genoss, und dessen Bude auf dem Hammer Markte grossen Zulauf hatte. Der alte Buck hörte den Jungen sagen: "Och, dat much ick ook woll können!", nahm ihn in die Lehre, und schon vier Wochen später war der junge Rose der erklärte Lieblingsspieler der Hamburger. Buck selbst sammelte die Groschen, und später, als er starb, erbte Rose die Bude, den Ruhm und die Puppen, zwei an der Zahl. So begann er, bis er es nach und nach auf sechzig Puppen brachte, Puppen aller Charaktere und Schattierungen. Er war es auch, der die Spieltexte immer weiter ausbaute, neue erfand, alte den veränderten Zeiten anpasste und variierte, und mit dem gemeinsam Johannes Förster bald ein Buch zusammenstellte, das unter dem Titel "Kasper to Hus" manche dieser Moritaten für die Nachwelt rettete. Unter Rose war Kasper so populär, dass bei den grossen Gesellschaften der Patrizier ein Kasperspiel oft zum guten Ton gehörte. Man holte diese Roses, die bald St. Paulianer wurden, in die Villenschlösser der Alstergegend und amüsierte sich königlich auf Plattdeutsch - ach, waren das noch Zeiten!

Und dieser Teller - so erzählt mir Frau Rose und zeigt dabei auf einen rostigen Blechdeckel, der für die Jugend des Pferdemarktes schon gleich wieder bereit sein soll - hat damals manches goldene Zehnmarkstück bekommen! Ja, auch jetzt, nachdem die Inflation vorüber war, haben wir hin und wieder noch bei Herrschaften gespielt. Mein Sohn war bei einem Schlachter Gehilfe und Austräger; ihm gaben dann die "feinen Leute" oft Bestellungen für uns - nun aber ist der Jung auch gestorben, und mein Mann ist längst dahin. Der jetzige Spieler ist ein "junger Mann", den ich mir angenommen habe. Er gefällt den Kindern ja sehr gut, aber bald bin ich siebzig Jahre; es fehlt nicht mehr viel daran; dann aber will ich nicht mehr umherstehen und Groschen sammeln. Dann ist es vorbei mit dem Kasperspielen, und die Puppen - das habe ich meinem Johannes Rose auf dem Totenbett versprochen - alle sechzig, kommen ins Hamburger Museum. Die beiden von Buck haben wie dieser Blechteller drei Generationen gedient. Die anderen sind auch nicht mehr die Jüngsten, nicht wahr? Aber nun muss ich sammeln. Auf Wiedersehen, Herr - schreiben Sie nur die Wahrheit, weiter nichts!

Ein Kind will nach Hause gehen. Es kommt von ganz hinten auf Frau Buck zu und legt brav die zehn Pfennige auf den Teller. Nein, die drücken sich nicht die wissen, dass eine alte Frau leben will und Kasper sich seine Messingstücke redlich verdient. - Nicht mehr lange. Dann schläft auch er, und neben ihm der Teufel mit den Hörnern und der Tod und die Schwiegermutter mit dem "Dutt" (Zopf) und der gefährlichen Nase in einem Museum. Schlafen? Ja - aber ihre hölzernen, gemalten Augen bleiben offen. Die Lappen hängen dann ohne Seele an den Wänden, aber die Augen starren weiter, keck und klug, auf die Menschen, die dann noch kommen, um Kasper zu sehen. Hören kann man ihn dann nicht mehr. Und ob man weiss, wie wichtig er uns war, ob man ihn überhaupt noch ansieht, das ist wohl die Frage.

Djüs, Kasper, holl di gesund!

Walter Anatole Persich.

Getreiderost.

SPD. Der im allgemeinen - wenn auch nicht gerade in diesem Jahre - so holde Mai ist für die Feldfrucht der Monat der Gefahren. Was dem Landmann in der vorhergegangenen Zeit Kummer machte: der die Felder austrocknende scharfe Wind, die tägliche Sorge um gutes Wetter und das Unkraut, das tritt jetzt zurück vor der einen bangen Frage: Wird es heuer ein Rostjahr oder nicht? Zwar wuchert erst jetzt auch das richtige Unkraut im Korn: der Klatschmohn und die Kornblume, der schöne violette Trichter der Kornrade und die bunten Klappertöpfe. Aber wie wenig bedeuten sie gegenüber dem grössten Feinde menschlichen Mühens, den man den Getreiderost nennt, und der uns jährlich mehr Brot weg-

frisst, als man auch nur ahnt. Die Statistiker haben berechnet, dass durch ein Rostjahr in Preussen allein um viele Millionen Mark weniger Getreide wächst; ein Rostjahr soll in Nordamerika, das mit seinen weiten ehemaligen Prärien heute die Kornkammer der Welt geworden ist, etwa 67 Millionen Dollar - das sind nach unserem Gelde an 280 Millienen Mark - Schaden verursachen. In geringerem Masse kann man den Rost in jedem Jahre an allen Getreidearten sehen. Achtet nur auf die unteren Blätter, und ihr wisst auch, warum man dafür gerade den Namen "Rost" gewählt hat. Ein rostbrauner Staub liegt auf den Blättern, oft schon im März, und wenn ihr im Juni wiederkommt, dann ist an seiner Stelle ein schwarzes Pulver da, das aus den aufgerissenen Halmen und Blättern herausstäubt, als ob die ganze Pflanze im Innern zu Russ verbrannt wäre.

Was sind das für sonderbare Dinge? Warum schadet dieses Pulver dem Getreide? Woher kommt es?

Mit unendlicher Mühe haben die Naturforscher mit ihren Mikroskopen und vielen Versuchen herausbekommen, dass der Getreiderost eine Schmarotzerpflanze sei, ein winziges Pilzlein, das die Säfte der Getreidepflanze ausschlürft, sodass sie vorzeitig vertrocknen muss und keine oder nur kümmerliche Aehren bilden kann. Dieses Pilzchen vermehrt sich durch ganz kleine Körner, und eben die sind das gelbe und schwarze Pulver. Wenn es auch nur wie ein Staubkörnchen ist, so lebt darin doch der schädliche Schmarotzer weiter. Ein Windstoss jagt das Rostpulver in ganzen Wolken auf; es treibt sich umher von Acker zu Acker, und wenn es regnet, platzt das Körnchen, der Pilz kriecht wie ein Würmchen heraus, bohrt sich in ein gesundes Blatt ein und fängt an zu saugen und von neuem zu schaden.

Wie soll man sich vor so einem unsichtbaren Feinde schützen? Eine ganze Wissenschaft ist entstanden über die Krankheiten der Feldfrüchte und Obstbäume, und man sucht dem bedrängten Landmann zu helfen. Da gibt es Pflanzenärzte und Pflanzenapotheker, die Heilmittel verordnen und zubereiten. Aber auch da gilt der alte Satz, dass Verhüten besser sei denn Kurieren. Ab und zu zieht das Unheil doch immer wieder über die Länder, und wenn ihr hört von der Missernte eines Jahres, dann denkt auch an den tückischen kleinen Rostpilz, der unendlich viel Kummer und Entbehrungen vür viele, viele Menschen bedeutet!

R. Francé

Der Schlangenbeschwörer. +

SPD. Von erfolgreichen Scjlangenjagden mit Hilfe Bethovenscher Musik dürfte bisher wohl selbst der eifrigste Musikforscher kaum gehört haben. Es ist auch noch nicht übermässig lange her, dass sie zum erstenmale durchgeführt wurden, noch dazu in Südafrika. Woselbst vor kurzem wieder einmal neue Diamantenfelder entdeckt worden sind. Nach diesen Diamantenfeldern setzte naturgemäss die übliche Völkerwanderung ein. Tausende von Glücksjägern wollten durch einen reichen Fund über Nacht "gesund" werden. Freilich war bis dahin das Leben recht schwer: voller Arbeit, Entbehrungen, und darüber hinaus die bedrückende Einsamkeit. Wer da wenigstens ein Instrument spielen konnte, der schätzte sich glücklich und gestaltete sich die Abende durch ein "bissel" Musik abwechslungsreicher, die ja nicht nur zur Liebe, sondern auch zum ganzen Leben gehört.

Darüber hinaus rettete aber die Musik so manchem Schatzgräber in aller Form das Leben. Und das kam so: eines Abends spielte ein nach Afrika verschlagener Deutscher auf seiner Geige eine Beethoven-Sonate auf und versank dabei in Erinnerungsphantasieen. Plötzlich wurde er durch seinen Kaffer-Diener aus den seligen Träumereien geschreckt: der Eingeborene rief laut um Hilfe, denn, durch die süssen Klänge der Geige herbeigelockt, tanzte eine ausgewachsene Klapperschlange vor dem Fenster der improvisierten Behausung. Man nahm schwere

Stöcke und schlug den unerwünschten, höchst gefährlichen Gast tot. Nach diesem Intermezzo spielte der deutsche Musikus weiter und - zum Entsetzen der kleinen Gesellschaft kamen immer mehr und mehr Klapperschlangen zum Vorschein. In kurzer Zeit wurden nicht weniger als achtzehn dieser scheusslichen Reptilien ins Jenseits befördert.

Die Geschehnisse des schlangentötenden Konzertabends blieben natürlich kein Geheimnis, und da die ganze Siedlung vielfach von den giftigen Schlangen geplagt wurde, bestürmten die übrigen Kolonisten den modernen "Schlangenbeschwörer", die verhassten Reptilien auch vor ihre Hütten zu "zaubern". Der Deutsche kam dem frommen Wunsche gern nach, machte die Runde, musizierte jeden Abend bei einem andern Nachbarn, und - der Erfolg blieb nicht aus: in nur wenigen Tagen konnten - wie wenigstens behauptet wird - mehrere hundert musiktolle Klapperschlangen zur Strecke gebracht werden.

Der abgeblitzte Ordensjäger. +

SPD. Der preussische Generalstabsarzt Dr. von Wiebel, der in der Mitte des vorigen Jahrhunderts lebte, war, obgleich er alle möglichen hohen Orden besass, keineswegs damit zufrieden; er wollte immer noch mehr Auszeichnungen haben. Ganz besonders hoffte er auf den Schwarzen Adlerorden. Jedoch hatte er klein Glück, so sehr er auch vor jedem Ordensfeste versuchte, die Aufmerksamkeit der fraglichen Personen auf sich zu lenken. Als 1853 wieder ein Ordensfest bevorstand, begab er sich schon in aller Frühe zum König Friedrich Wilhelm IV., bei dem er in seiner Eigenschaft als Leibarzt jederzeit Zutritt hatte, und liess es an allen möglichen Andeutungen nicht fehlen.

Schliesslich sagte der König: "Na, lieber Doktor, ich sage Ihnen jetzt adieu. Wir sehen uns ja beim Ordensfeste wieder!"

"Ich geh' nicht hin!" sagte Wiebel verbissen und kurz.

"Warum denn nicht?"

"Ich habe ja nichts gekriegt, Majestät!"

"Ach was! Sie haben nichts gekriegt? Da wollen wir doch gleich mal nachsehen. Hier ist ja die Ordensliste; geben Sie mal her!"

Der König blätterte in der Liste und sagte endlich: "Tatsächlich, lieber Doktor, Sie haben Recht. Nichts steht von Ihnen drin! Da brauchen Sie auch nicht zum Ordensfeste zu gehen!"

gs.

Fensterlose Häuser in Amerika.

SPD. In einer vor kurzem in New-York eröffneten Ausstellung wurden fensterlose Häuser als neueste Erscheinungen auf dem Baumarkt und als modernste Errungenschaften der Technik gezeigt. Die Häuser sind besondere Objekte einer "Ausstellung für Beleuchtung", bei der alles mit künstlichem Licht beleuchtet und durch elektrische Anlagen reguliert wird. Gegenüber den heutigen Häusern besitzt die neue fensterlose Bauweise den einen Vorteilm dass weder Staub noch Geräusche in das Innsere dringen. Auch die heisse Sonne des Sommers dringt nicht in die Räume, die durch zweckentsprechende Ventilatoren auf gleichmässiger Temperatur gehalten werden können.

Gegenwärtig sind drei solche fensterlose Häuser in Cleveland, Pittsburg, und Newark im Bau. Diese neue Bauweise soll sich besonders bei Hochhäusern glänzend bewähren. In den Kreisen der Architekten erwartet man auch durch die Vermeidung von Fenstern eine grössere Raumersparnis. Eine andere Frage allerdings ist es, wie dieses permanente künstliche Licht auf den menschlichen Or-

ganismus wirkt, und ob nicht die Bestrahlung durch die Sonne einer derartigen künstlichen Beleuchtung vorzuziehen ist. Beispielsweise hat der Erfinder des "elektrischen Stuhls", Nicola Tesla, bei verschiedenen Gelegenheiten auf die gesundheitsschädigenden Wirkungen der noch in vielen Industrieanlagen verwendeten elektrischen Bogenlampen hingewiesen. Es bedarf also noch eingehender Untersuchungen, bevor man zur neuen fensterlosen Baumethode übergehen könnte. Ueber die Preisbildung der neuen Häuser finden sich in den Ausstellungsberichten nur wenige Anhaltspunkte. Es ist sicher, dass das, was im Lande der Wolkenkratzer vielleicht durchführbar und infolge des grossen, auf dem Baumarkt investierten Kapitals erschwinglich ist, noch lange nicht zur Nachahmung in Europa geeignet zu sein braucht. Man wird den Amerikanern die Versuche überlassen müssen, ob fensterlose Häuser als Gebäude der Zukunft angesehen werden können und allgemein zweckdienlich sind. Schon in der mittelalterlichen Sage galt der Bau eines fensterlosen Hauses als ein rechter Schildbürgerstreich.

O.B.

Nacht. +

Pappeln an der Strasse lispeln sacht,
Wenn nur ein leiser Lufthauch weht.
Ein Ausgestoss'ner schreitet einsam in der Nacht
Kein schützend' Dach am Wege steht.

Die Nacht ist finster, still und feucht.
Man hört nur noch ein Schlürfen über hart' Gestein
Und noch ein tiefes Seufzen, das von Leben zeugt.
Dann schläft auch noch der Pappeln Flüstern ein.

Carl Bender.

SPD. Steinerne Spiegel. + In einem alten Indianerdorfe nahe bei Hazelton in Britisch-Columbien (Nordamerika) ist es einer Expedition von Archäologen, die sich die Erforschung der Geschichte der britischen Kolonien zur besonderen Aufgabe gemacht haben, kürzlich geglückt, einen der seltenen Steinspiegel aufzutreiben, die in früherer Zeit von einem in Skeena-Tale ansässigen Indianerstamm benutzt wurde. Der seltene Gegenstand besteht aus einer dünnen Scheibe schwarzen Gesteins, dessen unseres Ende sich zu einem Handgriffe verjüngt, während die Oberfläche der Steinscheibe selbst hochpoliert ist. Ein sehr altes Mitglied des Stammes der Hazelton-Indianer erklärte den Archäologen, wie der Stein früher als Spiegel benutzt worden ist. Die Oberfläche wurde zu diesem Zwecke angefeuchtet; wenn dies geschehen war, dann spiegelte die hochglänzende Scheibe das menschliche Gesicht so scharf und deutlich wider, dass selbst feinste Härchen und die Farbe der Augen klar zu erkennen waren. Diese Steinspiegel wurden, nach der Erklärung des Indianers, von den Stammesangehörigen benutzt, wenn für die Stammesfeste und Kriegstänze "Maske" gemacht wurde. Diese Steinspiegel sind aber heute sehr selten, seit sie durch die Einführung des Glasspiegels überflüssig geworden sind.

SPD. Man fängt jetzt an, zu ahnen, dass der Journalismus für das moderne Europa dasselbe ist wie die politische Redekunst in Athen und Rom. Und dass er, um auf die Höhe seiner Möglichkeiten zu kommen, von der gleichen Art Menschen ausgeführt werden sollte.

John Stuart Mill.

Deutscher Reichstag

174. Sitzung vom 27.Mai 1930.

SPD. Der Reichstag begann am Dienstag nachmittag mit der zweiten Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichswirtschaftsrates.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg

spricht in Vertretung des erkrankten und auf vier Wochen beurlaubten Ministers Dietrich, und zwar zunächst uber die möglichen Verfahren zur Regelung von Kartellstreitigkeiten. Mit der Reform des Kartellrechts soll aber auch das Ergebnis der Enquête gebracht werden, das im Sommer vorliegen dürfte. Infolge des Frankfurter Versicherungskrachs soll das Versicherungsgesetz geändert werden. Die Versicherungsunternehmungen sollen verpflichtet werden, ihre Rechnungsabschlüsse alljährlich durch unabhängige Revisionsgesellschaften prüfen zu lassen und die Berichte allen Instanzen vorzulegen, Treuhänder sollen die Versicherten schützen. Eine Denkschrift wird in einigen Wochen vorgelegt werden. Das Anwachsen des Statistischen Reichsamts ist eine Folge des überall in der Welt steigenden Bedarfs an Statistik. Die Vorbereitung einer gründlichen Reorganisation der Statistik ist einer dreigliedrigen Kommission unter dem Vorsitz einer bekannten wirtschaftlichen Persönlichkeit übertragen worden.

Abg. Tarnow (Soz):

Die ganze Wirtschaft steht unter dem Druck der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Wenn meine Partei mit allem Nachdruck dafür kämpft, dass den Opfern der Arbeitslosigkeit durch Unterstützung ein Existenzminimum gewährt wird, so verkennen wir natürlich nicht, dass die bessere Form der Hilfe die Beschaffung von Arbeit wäre. (Sehr richtig! bei den Soz). Arbeitsbeschaffung müsste das Zentralproblem nicht nur der Wirtschaft, sondern der ganzen Staatspolitik sein. Das Hauptkraftzentrum der Regierungspolitik müsste im Wirtschaftsministerium liegen. Dem ist aber nicht ganz so. Wenn das Landwirtschaftsministerium zu einer staatlichen Wirtschaftspolitik mit grosser Energie übergegangen ist, so erscheint die Bescheidenheit des Wirtschaftsministeriums nicht ganz angebracht; wenigstens müsste es verhindern, dass die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik in eine Richtung gebracht wird, die den Gesamtinteressen der deutschen Wirtschaft nicht förderlich sein kann, diese vielmehr den einseitigen Interessen der Landwirtschaft unterordnet. Wenn in der ganzen Welt Bestrebungen zur Erleichterung des internationalen Handelsverkehrs und zum Abbau der Zollmauern im Gange sind so müsste Deutschland dabei der Führer unter den Nationen sein. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning lässt von dieser Erkenntnis nichts merken, sondern bedroht unsere Welthandelsbeziehungen auf das Allerärgste. (Sehr wahr! bei den Soz)

Der einzige Lichtblick in unserer Weltwirtschaftspolitik ist die Entwicklung unseres Aussenhandels, die sich von 1925 bis 1929 ausserordentlich günstig gestaltet hat. Unsere Ausfuhr in dieser Zeit ist um mehr als 4 Milliarden Mark gestiegen. Davon entfallen 3 1/4 Milliarden auf die Steigerung der Ausfuhr an Fertigwaren. Das bedeutet eine Beschäftigung von mehr als 600 000 Arbeitern. Wie hätte ohne diese Steigerung unser Arbeitsmarkt ausgesehen! Zu diesen 600 000 kommen noch die mittelbaren Auswirkungen der Ausfuhrsteigerung. Die starke Erhöhung der Agrarzölle aber, die Ausdehnung des Einfuhrscheinsystems, also der Exportprämien und des Dumpings macht uns in der übrigen Welt natürlich ungemein beliebt und muss unsere auswärtigen Handelsbeziehungen ungeheur fördern! (Sehr gut! links) Man kann nicht Protektionismus treiben, ohne Rückwirkungen in den anderen Ländern hervorzurufen. Noch haben wir in der Weltwirtschaft eine sehr starke Stützt in der englischen Handelspolitik, die im wesentlichen immer noch freihändlerisch ist. Die englische Arbeiterregierung hat die die Initiative ergriffen, damit ein Zollfrieden zwischen den Nationen geschlos-

sen werde. Sie hat das nicht aus Ideologie getan, sondern getrieben von der Sorge, dass sie der Schutzzollbewegung im eigenen Lande nicht mehr Herr werden kann. In diesem Augenblick müssen wir kräftig dazwischenfuhrwerken, um mit unserer Schutzzollpolitik den Protektionismus im Ausland zu stärken. Im letzten Jahre hatten wir eine Ausfuhr nach England von 1,305 Milliarden Mark und einen Ausfuhrüberschuss von 440 Millionen. Davon sind nur 10 - 12 % unter englische Zollsätze gefallen. Mehr als 90 % unserer Gesamtausfuhr nach England blieb also ohne Zollbelastung. Durch die Anderung unserer Handelspolitik werden wir uns die Märkte in der ganzen Welt erheblich verkümmern. Nach Holland, das eine sehr liberale Handelspolitik treibt, betrug unsere Ausfuhr im letzten Jahr 1.355 Milliarden, der Ausfuhrüberschuss 654 Millionen. Nach Skandinavien hatten wir bei einer Ausfuhr von 1.681 Millionen einen Überschuss von 323 Millionen. Diese drei Einfuhrgebiete, die infolge der Änderung unserer Handelspolitik, und sicher wenn England dem Ansturm der Schutzzöllner nicht widerstehen könnte, ihre Handelspolitik ändern werden, haben im letzten Jahr deutsche Waren im Werte von 4 Milliarden aufgenommen und uns einen Überschuss von annähernd 1½ Milliarden geliefert. Das sind zentnerschwere Gewichte gegenüber den vielleicht vorhandenen Erfolgaussichten Ihrer Landwirtschaftspolitik.

Der Reichswirtschaftsminister hat seinerzeit mit einem Ton des Bedauerns festgestellt, dass wir mit den Grundsätzen unserer Handelspolitik leider bis 1935 gebunden sind. Aus dieser Bemerkung konnte man schliessen, dass der Minister die Absicht hat, unsere Handelspolitik zum Protektionismus umzubiegen. Wenn solche Absichten bestehen, dann möchten wir sie beizeiten kennen lernen, damit der Reichstag aussprechen kann, dass er nicht mitmacht, weil Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft davon bedroht werden. (Sehr richtig! b.d.Soz.)

Nicht nur die Grösse der Arbeitslosigkeit, sondern auch ihre Stabilität ist so erschreckend. Ihre Grösse ist kein Beweis für eine Lebensunfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Diese hat sich ausgezeichnet entwickeln können in derselben Zeit, wo die Arbeitslosigkeit ständig angewachsen ist. Nach allen Produktions- und Verkehrsziffern war das Wirtschaftsvolumen 1929 grösser, als 1928, obwohl diese Zeit begleitet war von einem fortwährenden Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Sie muss also Ursachen haben, die nicht in einem Wirtschaftsschwund, vielmehr in besonderen Umständen zu suchen sind. Eine der wichtigsten Ursachen der wachsenden Arbeitslosigkeit ist die überstürzt betriebe Rationalisierung der deutschen Produktion. (Sehr wahr! bei den Soz) Selbstverständlich gehört zu den Fortschritten der Zivilisation und der Wirtschaft eine fortgesetzte Verbesserung der wirtschaftlichen Einrichtungen. Wenn aber die technische Rationalisierung für die Volkswirtschaft von Nutzen sein soll, dann muss der Zeitpunkt dafür richtig gewählt sein. Die grosse deutsche Rationalisierung 1925 bis 1929 erfolgte in einer Zeit, die nach volkswirtschaftlich vernünftigen Erwägungen dafür die denkbar ungeeignetste war. Als Voraussetzungen für eine Rationalisierungskampagne müsste man bezeichnen, dass der Arbeitsmarkt verhältnismässig leer und der Kapitalmarkt verhältnismässig gefüllt ist. Die deutsche Rationalisierung begann in einer Periode, wo der Arbeitsmarkt kolossal überfüllt, wo aus der Kriegs- und Inflationszeit einige Millionen Arbeiter noch nicht angesetzt waren im Arbeitsprozess. Statt dass man Arbeitskräfte angesetzt hätte, sind durch die Rationalisierung noch weitere Arbeitskräfte freigemacht worden. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt die Zahl der durch die Rationalisierung unmittelbar freigesetzten Arbeiter auf 2 Millionen. Dazu kommen die bereits bei Beginn der Rationalisierung vorhandenen Arbeitslosen. Das verfügbare Kapital, das zur Ansetzung von Arbeitern hätte verwendet werden können, ist zur Freisetzung von Arbeitskräften gebraucht worden!

Ich weiss, dass auch da Zwangsläufigkeiten vorhanden waren, und dass in einem Lande, wo die Wirtschaft nicht planmässig geführt wird, überhaupt nicht nach volkswirtschaftlichen Erwägungen gearbeitet wird. Ich mache auch der Ge-

samtheit der Unternehmer keinen Vorwurf, sondern ich zähle nur die Ursachen auf, auf denen die grosse Arbeitslosigkeit beruht, und dazu gehört nicht eine Lebensunfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Natürlich hat die Rationalisierung im grossen Ausmass ihre Konsequenzen. Die rapide Steigerung der produktiven Kräfte durch die Rationalisierung rollt unaufhaltsam die Frage der Arbeitszeit auf. Es geht doch nicht an, dass die einzige Folge der Rationalisierung die dauernde Vermehrung der Arbeitslosigkeit sein soll, das theoretische Endziel der Rationalisierung kann doch nur die menschenlose Fabrik sein. Steuern wir dahin, dann sind wir natürlich längst vor der Erreichung dieses Zustandes an dem Punkt angekommen, wo mit der bisher, als normal angesehenen Arbeitszeit nicht zu leben ist, weil wir die Menschen nicht mehr beschäftigen können. Heute schon sind nicht mehr alle Arbeitskräfte unterzubringen. Dann aber muss man die Arbeitszeit verkürzen. Nach dem jetzigen Stand der technischen Einrichtungen wäre der Siebenstundentag oder die Fünftagewoche durchaus genügend um die volkswirtschaftlichen Leistungen, die heute in 8 oder noch mehr Stunden geleistet werden, durchzuführen. Diese Arbeitszeitverkürzung wäre möglich, ohne dass dadurch die volkswirtschaftliche Leistung zurückgeht. Allerdings ist diese Frage nicht mit moralischen Argumenten zu lösen. Immer war das Kernstück politischer und wirtschaftlicher Auseinandersetzungen ein Machtkampf. (Sehr richtig! links und rechts) Wir werden die Arbeiterklasse noch besser organisieren, die Arbeiterschaft wird sich noch stärker hinter ihre politische und gewerkschaftliche Vertretung stellen müssen, dann werden wir die Möglichkeit haben, das, was in der Wirtschaft durchführbar ist, auch verwirklichen zu können. Wir vertrauen darauf, dass die Arbeiterklasse, soweit sie das heute noch nicht begriffen hat, es noch begreifen wird. (Lebh. Zustimmung der Soz.)

Man spricht viel von der Kapitalnot, aber diese begründet noch nicht, dass die ganze Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik, auch die ganze Lohnpolitik in den Dienst einer stärkeren Kapitalbildung gestellt werden muss. Das Ausmass der inneren volkswirtschaftlichen Kapitalbildung wenigstens seit 1927 ist nach allen Schätzungen und Berechnungen bereits so gross, wie in den letzten Vorkriegsjahren. (Hört! hört! links). Ich weiss, dass damit noch nicht alle Löcher gestopft werden können, die der Krieg gerissen hat, und dass das auch nicht ausreicht, um die Ansprüche der ausserordentlichen Rationalisierung zu befriedigen. Das Ausmass der nötigen Kapitalbildung wird aber nicht bestimmt durch unseren Kapitalbedarf allein, sondern durch eine ganze Reihe anderer Faktoren, vor allem dadurch, in welchem Masse das vorhandene und das neu gebildete Kapital in der deutschen Wirtschaft eine rentable Verwendung finden kann. Unsere deutsche Wirtschaft zeigt gegenwärtig eine gewaltige Überkapazität der produktiven Anlagen. Verstärkte Kapitalbildung bei starker Konsumeinschränkung kann nichts anderes bedeuten, als dass die nichtverwendbaren Produktionsanlagen noch vergrössert werden, d.h. dass noch grössere Zeit der Produktionsanlagen entwertet werden. Volkswirtschaftlich ist nur das Kapital vorhanden, das rentabel arbeitet; Kapital, das nicht arbeitet, muss volkswirtschaftlich abgeschrieben werden. Wenn Sie die Kapitalneubildung vergrössern durch Vernichtung von Verbrauchskräften, durch weitere Einschränkung der Produktion, dann haben wir nicht einen Kapitalvermehrungs- sondern einen Kapitalvernichtungsprozess. (Sehr wahr! links)

Die meisten Unternehmer, die über Kapitalnot klagen, sind sich dieses Zusammenhangs gar nicht bewusst. Es ist gar nicht so, dass zu wenig Kapital, sondern dass zuviel Kapital investiert ist, und dass dieses zu viel investierte Kapital keine Rente abwerfen kann. Trotz dieser fortgesetzten Kapitalnot ist eine ungeheure Menge von Kapital verschwendet und vergeudet worden. Je mehr man von den Einzelheiten erfährt, umso mehr erkennt man, dass Millionenbeträge durch Fehlinvestitionen vergeudet und der Volkswirtschaft entzogen worden sind. Die allgemeine Kapitalnot hat noch die besondere Wirkung, dass das verfügbare Kapital nicht über die ganze Wirtschaft gleichmässig verteilt wird, sondern einzelne Unternehmungen sich vergrössern, sich erweitern und neue Betriebsan-

lagen schaffen. Das Reichswirtschaftsministerium hätte die grosse und volkswirtschaftlich dankbare Aufgabe, die Kapitallenkung mehr als bisher zu verfolgen und zu versuchen, auch den Kapitalmarkt organisieren zu helfen. Was in den letzten Jahren getan wurde, war das Gegenteil wirtschaftlicher Vernunft. Der Auslandskredit wurde uns fern gehalten, die Gemeinden stranguliert. In der Zeit, wo sie langfristige Auslandskredite hätten bekommen können, ist ihnen die Möglichkeit genommen worden. Sie mussten sich in kurzfristige Schulden stürzen. Nachdem sie für produktive Arbeiten keine Mittel bekommen haben, müssen sie jetzt eine Umschuldungsaktion machen. Jetzt wo die Erleichterung auf dem langfristigen Kapitalmarkt eingetreten ist, müssen erst die Gemeinden saniert und diese Kredite zur Ablösung der kurzfristigen Schulden verwertet werden. Die Privatwirtschaft, die sich so gefreut hat, als die Gemeinden stranguliert wurden, ist heute der Leidtragende. Besonders der Baumarkt, durch den die Arbeitslosigkeit so stark vergrössert wird. Der Wohnungsbau liegt fast vollständig brach, und das ist mit verursacht durdh die Kreditpolitik gegenüber den Gemeinden. (Sehr wahr)

In dieser Zeit so ungeheurer und so verzweifelt langer Arbeitslosigkeit glaubt das Unternehmertum die Gelegenheit gekommen, um allgemeinen Lohnabbau durchzusetzen. In den letzten Jahren haben wir unausgesetzt hören müssen, dass die deutsche Produktionswirtschaft so stark belastet sei durch Steuern, sozial Abgaben und zu hohe Löhne. Die Zahlen über die Entwicklung unseres Aussenhandels widerlegen die Behauptung, dass die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dadurch unterbunden worden wäre. In der ganzen Welt hat keine Volkswirtschaft ihre Ausfuhr in dem Mass steigern können, wie die deutsche. Es wäre ja furchtbar einfach, wenn man die Arbeitslosigkeit durch Lohnsekung beseitigen könnte, da brauchte man ja die Löhne nur so tief zu senken, bis der letzte Arbeiter untergekommen ist. Diese Theorie stammt aus der längst entwichenen Zeit, wo die Gestehungskosten im wesentlichen durch die Lohnkosten und das gesamte Preisniveau durch das Lohnniveau bestimmt wurden, und wo eine Lohnsenkung die Preissenkung automatisch zur Folge hatte. Heute aber stehen nicht mehr die Lohnkosten, sondern die fixen Kosten im Mittelpunkt der Gestehungskosten. An diesen Kosten ändert aber ein Lohnabbau gar nichts. Selbst bei einem allgemeinen Lohnabbau von 10 % könnten die Preise noch nicht um 8 % gesenkt werden. Auf der anderen Seite aber würde eine 10%ige Lohnsenkung die Kaufkraft der Arbeiter viel stärker als um 10 % vermindern, denn die Ausgaben für Miete und Ernährung bleiben und nur die Spitzen des Lohnes sind konjunkturell beeinflussend. Ein 10%iger Lohnabbau würde die Kaufkraft um 20, 30 oder 100% verringern. (Lebh. Zustimmung der Soz). Man sollte etwas mehr von amerikanischer Wirtschaft und amerikanischer Wirtschaftstheorie lernen! Ein weiterer Einwand ist, dass der Lohn starr und nicht beweglich sei. Auch der Reichsfinanzminister hat in Köln davon geredet, und zwar in einem Atemzug von starren Löhnen und starren Kartellpreisen. Nun, die Gewerkschaften wären glücklich, wenn die Löhne so starr wären, wie die Kartellpreise. (Sehr gut! bei den Soz.) Die effektiven Löhne liegen vielfach 18, 19 oder 20% über dem Tariflohn. Diese Mehrlöhne aber sind leider ausserordentlich konjunkturempfindlich. Es ist noch keine Krise da gewesen, die nicht trotz Aufrechterhaltung der Tariflöhne auf die Effektivlöhne gewirkt hätte, ebenso wie eine Konjunktur die Löhne erhöht. Geben Sie uns nur so viel Beweglichkeit für die Kartellpreise, wie sie für die Löhne besteht, dann wird unsere ganze Wirtschaft viel elastischer sein. Den Unternehmern genügt aber nicht die Möglichkeit, die Überlöhne senken zu können, sie wollen die Zeit benutzen. zu einem Angriff auf die tariflichen Mindestlöhne; sie wollen das Existenzminimum der Arbeiterschaft drücken. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dafür sehen wir zahlreiche Anzeichen, dafür sind auch schon taktische Massnahmen eingeleitet. So z.B. ist das Stahlwerk Becker vom Stahlwerksverband aufgekauft worden, um es still zu legen, um die Produktionskapazität zu verringern. Der Stahlwerkverband hat eine ganze Reihe gesunder Werke aufgekauft,

um sie stillzulegen. Es gehört ein robustes Gewissen dazu, tausende Arbeiter existenzlos zu machen, ganzen Gemeinden die Daseinsgrundlage durch einen einfachen Beschluss zu entziehen. Die Herren von Stahl und Eisen haben starke Nerven in dieser Beziehung. Aber immerhin, die Öffentlichkeit fängt an, zu murren. Auch der gute Bürger kriegt allmählich Bedenken, ob diese Gesellschaftsordnung wirklich so göttlich vollkommen ist, ob alles so geschehen muss, wie es geschieht. Man sucht das Odium von sich abzuwälzen. Man sagt den Arbeitern: "Wenn Ihr bereit seid, 15 % billiger zu arbeiten, dann werden wir nicht stillegen." Gehen die Arbeiter darauf ein, dann kann man das Werk noch ein Jahr laufen lassen, und zunächst an anderer Stelle stillegen. Weigern sich die Gewerkschaften aber, dann kann man ungestört die Aktion durchführen, und mit einer Krokodilsträne im Auge der Öffentlichkeit erklären: "Seht, wir wollten ja die Arbeiter retten, aber die Gewerkschaften haben das verhindert." So hat es auch die Bergwerkszeitung geschrieben: Die Gewerkschaften sind schuld, nicht etwa der Stahlwerksverband. Wer wird denn den Stahlwerksverband für fähig halten, Betriebe stillzulegen! (Sehr gut! links).

Oder der Mansfelder Kupferbergbau! Dort ist in den letzten Jahren offenbar eine ganz tolle Misswirtschaft getrieben worden. Eine unfähige Konzernleitung hat grosse Verluste verschuldet. Nach einigen Jahren glänzender Gewinnkonjunktur erklärte der Konzern, dass seine Taschen leer seien, dass er kurzfristige Schulden aufnehmen musste und nun auf Kosten der Arbeiter und mit Hilfe billiger Eisenbahntarife usw. saniert werden müsste. Nachweisbar sind dort Millionenverluste entstanden durch leichtfertige Beteiligungen an fremden Unternehmungen. 1928 ist die ganze Konzernleitung zum Teufel gejagt worden, weil sie ohne Wissen des Aufsichtsrats grosse verlustreiche Aktienkäufe gemacht hat. Die neue Leitung trat ein Jahr später mit der öffentlichen Erklärung hervor, dass sie mit den Grossaktionären nicht zusammenarbeiten könne; es entstanden Riesenprozesse, die schweres Geld kosteten. Die fremden Aktien, die man in Millionenpaketen gekauft hatte zum Kurs von 240 stehen heute 95; andere Aktien sind von 350 auf 95 heruntergegangen. Aus diesen Falschspekulationen ist ein Verlust von über 4 Millionen entstanden. Nun erklärte man, man müsse die Löhne pro Jahr um 4 Millionen kürzen, und dazu der 14 000 Mann-Belegschaft eine 15%ige Lohnreduktion auferlegen. Weil ein paar Leute durch eine einzige Aktion 4 Millionen Mark von der Substanz des Werkes vernichten, die wiederum in gewisse Taschen geflossen sind, sollen 14 000 Arbeiter mit ihren Familien ihre Lebenshaltung um 15 % einschränken. Es gibt keine Möglichkeit, sich dagegen zu schützen. Das System unserer Kartellwirtschaft ist von der Schuld daran nicht freizusprechen. Es darf nicht länger durch die Macht der Kartelle die Entwicklung der Preise verhindert werden, die nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen notwendig und die auch möglich sind.

Früher einmal haben die Kartelle ihre Preise so gestellt, dass auch der lahmste Betriebsgaul immer noch das Ziel der Rentabilität erreichen konnte. Inzwischen hat man die Methode geändert. Heute schlachtet man diese lahmen Gäule ab, verpflichtet aber die Gesamtwirtschaft, auch diese toten Gäule noch weiter zu füttern. (Lebh.Heiterkeit) Diese lahmen Gäule werden bezahlt, als ob sie ganz edles Vollblut wären, die Kosten aber werden der Gesamtwirtschaft auferlegt. (Sehr wahr! bei den Soz) Eine Propagandabroschüre des Reichsverbandes der deutschen Industrie über den volkswirtschaftlichen Nutzen der Kartelle zeigt, dass fast alle Kartelle dazu übergegangen sind, mit grossen Geldaufwendungen Betriebe aufzukaufen und stillzulegen, um das volkswirtschaftlich entwertete Kapital auch weiterhin mit Rente zu versorgen. Die Nachteile der Kartelle sind so stark geworden, ihr Einfluss so unheilvoll, dass die Zeit zu einer schärferen Kartellgesetzgebung gekommen ist. Vom Privatkapital zu verlangen, dass es gemeinnützig wirken soll, ist unmöglich, denn das wäre gegen die kapitalistische Natur. Der Nutzen der Kartelle besteht nur in der Organi-

sierung der Wirtschaft. Diese Tätigkeit kann weitergehen, sie muss aber durch die gesellschaftliche Kontrolle ergänzt werden, die der Staat in die Kartellorganisation einsetzen muss. Das verstösst gegen das Prinzip der freien Wirtschaft, entspricht aber der öffentlichen Wirtschaft. Der Reichsverband der deutschen Jndustrie hat auch ein Landwirtschaftsprogramm veröffentlicht. Es ist in vielen Dingen ganz ausgezeichnet, schon weil es starke Anklänge an unser sozialdemokratisches Agrarprogramm enthält. (Heiterkeit) Das Programm führt aus, dass für die Landwirtschaft das rein privatwirtschaftliche System nicht mehr möglich ist, sondern dass eine Organisation unter staatlicher Führung nötig sei. Mit dem grundsätzlichen Kampf gegen den Marxismus ist dieses Programm nicht mehr ganz vereinbar. (Heiterkeit) Die organische Entwicklung ist eben stärker als mechanische Formeln. Was die Herren für die Landwirtschaft predigen, muss genau so angewendet werden auf die industrielle Wirtschaft. Die Zeit ist gekommen, um in das Kartellwesen einzugreifen.

Der Redner nimmt dann kurz Stellung zu den Ausführungen des Staatssekretärs und spricht sich gegen den hohen Zuschuss für das Leipziger Messeamt aus, zumal dieses so gut fundiert sei, dass der Reichsfinanzminister nur mit Neid darauf blicken könne. (Heiterkeit) Abg. Tarnow schliesst mit folgenden Ausführungen:

Die heutige gewaltige Arbeitslosigkeit ist nicht wirtschaftlich notwendig bedingt. Wir sehen neben ihr eine gewaltige Ueberschwemmung des Marktes mit Rohstoffen und ein starkes Sinken der Rohstoffpreise. Also Ueberschwemmung mit produktiven Kräften, Arbeitslosenarmeen in der ganzen Welt, die sich ständig vergrossern, Wachsen der Zahl der leeren Hände und der mechanischen Kräfte. Dieses Uebermass von Gütern stellt einen Reichtum dar, dessen Zunahme noch unübersehbar ist angesichts des Riesenangebots von Rohstoffen und von produktiven Kräften zu ihrer Verarbeitung. Daneben aber sehen wir die Menschen verzweifeln und rufen: "Weh' uns, wir sind verloren, wir gehen zugrunde am Mangel, wenn es nicht gelingt, uns Arbeit zu geben." Diese Zustände sind eine furchtbare Anklage gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, das angesichts der technischen Entwicklung nicht mehr möglich ist, ohne die Wohlfahrt der Gesellschaft zu gefährden. Das kapitalistische System hat seine Verdienste in der Entwicklung der Produktivkräfte, aber die Zeit ist gekommen, wo seine historische Rolle vorbei ist, wo die gesellschaftlichen Kräfte organisiert werden müssen, um das Wirtschaftssystem zu regulieren. Die Zeit ist gekommen, wo die Gesellschaft sich zusammenschliessen muss unter Ausschaltung der Profitinteressen, die das kapitalistische System beherrschen und um die Wirtschaft so zu organisieren, dass die bestmögliche Versorgung das einzige Ziel der Wirtschaft überhaupt noch ist. Nur wenn wir die Wirtschaftspolitik in dieser Richtung entwickeln, werden wir die Aussicht haben, zu einer vernünftigen Wirtschaft zu kommen! (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen der Soz.)

Abg. Dr. Reichert (Dtn.) fordert Senkung der Steuern, der Rohstoffzölle, zum Teil auch der Löhne und Gehälter. Das Urteil des obersten Gerichtshofes der USA, dass die Gewerkschaften Kartelle seien, sollte für Deutschland ein Vorbild sein. Der Kampf Tarnows gegen die Kartelle soll von der schädlichen Politik der Gewerkschaften ablenken. Die Rationalisierung ist nur die Erfüllung der Forderung des Breslauer Gewerkschaftskongresses von 1925, sie hat schon höhere Löhne gebracht. Die Fünftagewoche würde das Arbeitereinkommen um ein Sechstel verringern. Schuld an der Krise sind die Gewerkschaften und die Linksparteien. Hochbezahlte Arbeiterschichten beuten andere Arbeiterschichten aus. Schliesslich fordert der Redner Vertrauen der Arbeiter zu den Wirtschaftsführern. (Heiterkeit links, Beifall rechts.)

Abg. Dr. Dessauer (Zt.): Lohnsenkungen können bei der herrschenden Ueberproduktion die Krise nicht beheben, das kann nur eine von der Regierung angeregte Preissenkungsaktion. Wir stellen entsprechende Anträge. Vor allem sollten die Handelsverbände und die Genossenschaften die Preise herabsetzen. (Zurufe der Soz.: Heben Sie doch die Umsatzsteuer auf!) Jch bedauere das Bestehen der Sonderumsatzsteuer, sie ist nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern aus harter politische

Notwendigkeit geschaffen worden. (Heiterkeit links) Die Einengung der Tätigkeit der Gemeindebetriebe muss aufhören, sie müssen aber auch rein wirtschaftlich und nicht von politischen Körperschaften geleitet werden.

Die Beratung wird hierauf unterbrochen, um die zurückgestellten Abstimmungen zum Postetat zu erledigen, der nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen wird.

Abg. Ewert-Thüringen (Komm.): Die Gewerkschaften sind Schrittmacher der kapitalistischen Ausbeutung. Die Weltrevolution wird die Sozialdemokratie mit vernichten.

Abg. Keinath (DVP): 1926/27 hat die Wirtschaft mit den Anstrengungen zur Rationalisierung ein grosses Risiko auf sich genommen, das ihre Leistungsfähigkeit durch die Schuldenlast vermindert. Nur äusserste Wirtschaftlichkeit kann amerikanische Löhne für die deutschen Arbeiter bringen. Die deutschen Unternehmer haben von der Konjunktur 1927 wenig gehabt. Die Ausgestaltung der öffentlichen Einrichtungen und das Tempo der Sozialpolitik sind unserer wirtschaftliche Entwicklung vorausgeeilt. Die Bedingungen für die Exportkreditverbilligung müssen erleichtert, die Verkürzung der Mittel muss beseitigt werden. Die Fertigwaren- und Grosshandelskartelle haben die Preise oft auch gesenkt.

Um 19½ Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, 10 Uhr.

WIE DIE FASCHISTEN IN NORDAMERIKA EINE LEHRERIN VERFOLGTEN.

Die amerikanische Legion, deren jämmerliche Rolle in der Sacco-Vanzetti-Angelegenheit bekannt ist, verleugnet nie ihren wahren Charakter. Im Verein mit der Organisation der "Söhne der amerikanischen Revolution" (Sons of the American Revolution) von Woodbury richtete die Legion im März 1927 an das Unterrichtsministerium von New Jersey die schriftliche Aufforderung, Frau Rachel Davis Dubois, die Lehrerin für Bürgerkunde am Gymnasium von Woodbury, zu entlassen, und zwar mit folgender Begründung: Frau Dubois ist "für die Menschheit gefährlich, sie gehört zur Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, einer Organisation der äussersten Linken". Und sie hat erklärt: "Wir sind ~~xxxxx~~ radikal, aber wir müssen unser Ziel geheimhalten und versuchen, es durch den Unterricht zu verbreiten." -

Man bedenke, dass Amerika das Land der demokratischen Freiheit (!) ist, wo der Krieg für ungesetzlich erklärt wurde und die Schulbehörden ganz unabhängig (!!??) sind von kapitalistischen und faschistischen Organisationen vom Geiste der Legion und der anderen Bande, die sich vermessen "Söhne der amerikanischen Revolution" nennt. (Man lese die meisterhaften Stellen in Upton Sinclairs Werken "The Goslings" und "The Goose Step" über die Untertänigkeit der Schule!) Und in diesem Lande der Freiheit genügte dem Unterrichtsministerium eine gehässige Denunziation, um Frau Dubois durch einen Beamten auffordern zu lassen, ihre Entlassung einzureichen.- Frau Dubois erkundigte sich zunächst, ob man ihr Tatsachen vorhalten könne. Der Beamte verneinte, versichterte im Gegenteil, dass sie als eine der besten Lehrerinnen gelte. Da weigerte sie sich natürlich, aus dem Schuldienst auszuscheiden, unter Berufung auf das Gesetz, nach dem eine Entlassung nur nach greifbarer Anklage erfolgen kann.

Die amerikanische Legion wurde folglich ersucht, ihre Beschuldigungen genauer zu fassen. Sie war dazu nicht in der Lage und musste einen schimpflichen Rückzug antreten. So fielen die schweren Anklagen (!!) der faschistischen Verleumder in sich zusammen. Unsere Kollegin, die verdächtigt wurde, der Internationalen Frauenliga anzugehören, durfte im Amt bleiben, weil ihre Führung nicht antipatriotisch war. Aber sie hat nicht die übliche Zulage von 100 Dollar erhalten.

OEFFENTLICHES UNTERRICHTSWESEN IN ARGENTINIEN.

Das Justiz- und Unterrichtsministerium hat vor kurzem seinen fälligen Bericht veröffentlicht. Darüber schreibt die sozialdemokratische Zeitung "La Vanguardia" von Buenos Aires: "Eine flüchtige Analyse, die blosse Gegenüberstellung von Ziffern genügt, um selbst die grössten Optimisten zu entmutigen. Unser Unterrichtswesen kann heute in grossen Zügen wie folgt charakterisiert werden: Der Volksschulunterricht lässt viel zu wünschen übrig; er verharrt auf dem toten Punkt - der Unterricht an höheren und Berufsschulen wird von verfehlten oder ans Ruder gekommenen Politikern bestimmt - die Universitäten und Hochschulen haben sich von derselben politischen Demagogie ins Schlepptau nehmen lassen."

Professorenstellen werden nur Günstlingen der Politiker bewilligt; so verfügen nur 62 % der angestellten Professoren über die erforderlichen Titel, und Hunderte bleiben stellenlos, obwohl sie alle Diplome haben.

-:-

Abonnementspreis des Monatsbulletins der IBA

(32 Seiten, illustriert)

Frs. 12.- (Rm. 2.-) jährlich

Zu senden an:

für Deutschland: A. Lindemann, Sonnebornerstr. 30, Gotha/Thüringen,
Postscheck: Erfurt 3428.

" andere Länder: I.B.A., 8 Avenue Mathurin Moreau, Paris (XIXe)
Postscheck: Vernochet 698-20 Paris.